

Zentralasien und Rußland: der dornige Weg zu gleichberechtigten Beziehungen

Kassenow, Umirserik T.

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kassenow, U. T. (1995). *Zentralasien und Rußland: der dornige Weg zu gleichberechtigten Beziehungen*. (Berichte / BIOst, 14-1995). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-41757>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.© 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon	0221/5747-0,	Telefax	0221/5747-110
---------	--------------	---------	---------------

ISSN 0435-7183

Inhalt

Seite

Kurzfassung

.....
4

Zentralasien als neuer geopolitischer Faktor

.....
6

Zentralasien in den Augen russischer Analytiker

.....
6

Die Außenpolitik Rußlands in Zentralasien

.....
10

Perspektiven der wirtschaftlichen Integration in Zentralasien

.....
15

Probleme der nationalen und regionalen Sicherheit in Zentralasien

.....
17

Die Zukunft der Beziehungen Rußland - Zentralasien liegt in einer Eurasischen Union

.....
24

Summary

.....
32

28. Februar 1995

Dieser Bericht ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Der Verfasser ist Direktor des Kasachstan-Instituts für strategische Studien beim Präsidenten der Republik Kasachstan in Almaty.

Redaktion: Uwe Halbach

Übersetzung: Bernd Bentlin

Umirserik T. Kassenow

Zentralasien und Rußland

Der dornige Weg zu gleichberechtigten Beziehungen

Bericht des BIOst Nr. 14/1995

Kurzfassung

Vorbemerkung

Der Autor ist nicht nur in seinem Heimatland mit zahlreichen Artikeln zur Sicherheitspolitik zentralasiatischer Länder und insbesondere Kasachstans hervorgetreten, sondern hat sich auch in der politischen Publizistik Rußlands mit kritischen Stellungnahmen zur Politik Moskaus gegenüber dem sogenannten "nahen Ausland" einen Namen gemacht, so z.B. in einem Artikel über die "Kosyrew-Doktrin". Er untersucht in dem vorliegenden Bericht die Wahrnehmung des ehemals sowjetischen Zentralasiens in russischen Analysen und die außen-, wirtschafts- und sicherheitspolitischen Strategien Rußlands gegenüber den unabhängig gewordenen Staaten dieser Region. Daneben geht er auf die objektiven Probleme der nationalen und regionalen Sicherheit in Zentralasien ein.

Ergebnisse

1. Die Einschätzung der geopolitischen Bedeutung Zentralasiens für Rußland durch russische Analytiker gelangt teilweise zu entgegengesetzten Resultaten. Da wird von einigen Analytikern ein eventuelles Ausscheiden der Region aus dem geopolitischen Raum Rußlands als unannehmbare Gefahr für die Sicherheit der Russischen Föderation und der GUS dargestellt, von anderen wird Zentralasien als ein marginaler Faktor in der Weltpolitik und der Weltwirtschaft eingeschätzt, als eine Zone, aus der sich Rußland eher zurückziehen habe. Aus dem Marginalitätsbefund und der Aufforderung zum russischen "disengagement" wird allerdings Kasachstan ausgeklammert.
2. In russischen Veröffentlichungen über das postsowjetische Zentralasien dominiert die Vorstellung, daß die unabhängig gewordenen Staaten zur Beute mächtiger Nachbarn und regionaler Mächte werden könnten, wenn sie nicht erneut unter die Fittiche Rußlands genommen würden. In diesem Kontext wird insbesondere die Gefahr des "islamischen Fundamentalismus", der "Panturkismus" als Instrument türkischer Expansion oder der Mythos der "gelben Gefahr", d.h. einer Expansion Chinas nach Zentralasien, beschworen. Der Autor führt Argumente gegen ein Aufbauschen diesbezüglicher Bedrohungsvorstellungen an.
3. Anfängliches Desinteresse an Zentralasien bei der Konzeption der postsowjetischen Außenpolitik Rußlands wich Aussagen und Haltungen gegenüber dieser Region und gegenüber dem "nahen Ausland" insgesamt, in denen der Autor "neo-imperiale Tendenzen" feststellt. So sprach der russische Außenminister zu Beginn des Jahres 1993 davon, Rußland dürfe "ein Abgleiten (Zentralasiens) in den asiatischen Sumpf" nicht zulassen. Stattdessen müsse die Region in den

KSZE-Prozeß eingebunden werden. Später ging es dann vordringlich um die Einbindung in die GUS und in den geopolitischen Raum Rußlands. Wirtschaftliche und politische Aktivitäten anderer Staaten in Zentralasien (Erdölgeschäfte mit westlichen Konsortien, türkisches oder iranisches Engagement u.a.) wurde nun als Bedrohung russischer nationaler Interessen gewertet.

4. Rußland nimmt über wirtschaftliche, politische und militärische Kanäle Einfluß auf die zentralasiatischen Staaten. Russische Massenmedien schaffen das Bild eines von interethnischen Konflikten, Grenzstreitigkeiten, islamischer Wiedergeburt, tribalen Machtkämpfen und anderen Faktoren destabilisierten Zentralasien, und dieses Bild hat unverkennbare propagandistische Instrumentalität in Hinsicht auf russische Einflußnahme in der Region und auf die Anzweiflung der Souveränität ihrer Staaten. Der Autor billigt aber besonders in Hinsicht auf die militärische Kooperation mit zentralasiatischen Staaten Rußland auch berechnete und reale Interessen in der Region zu. Dazu gehöre der Schutz der äußeren Grenzen, der Erhalt von Bestandteilen des einheitlichen Verteidigungssystems der ehemaligen UdSSR, die Aufrechterhaltung alter Lieferbeziehungen und die Transportverbindungen nach Südasien und zum Persischen Golf. Von zentraler sicherheitspolitischer Bedeutung für Zentralasien, die GUS und Rußland ist die Situation an der tadschikisch-afghanischen Grenze. Der Autor geht ausführlich auf Konsequenzen einer weiteren Destabilisierung Tadschikistans für ganz Zentralasien ein. Dazu gehört u.a. ein ausgreifender tadschikisch-usbekischer Konflikt, der eine Kernzone Zentralasiens in ein Schlachtfeld verwandeln könnte.
5. Die Perspektiven einer selbstbestimmten regionalen Wirtschaftsintegration bewertet der Autor recht optimistisch. Er geht näher auf die trilaterale Kooperation zwischen Kasachstan, Usbekistan und Kirgistan ein, auf einen Wirtschaftsraum, der 90 Prozent der Bevölkerung des ehemals sowjetischen Zentralasien und 90 Prozent seiner Arbeitskräfte und Wasser- und Energieressourcen umfaßt.
6. Die militärpolitischen Dokumente der zentralasiatischen Staaten enthalten keine Aussagen über eventuelle Gegner, also kein definiertes "Feindbild", weisen aber auf denkbare Quellen militärischer Bedrohung hin. Dazu gehören das Hegemonialstreben einzelner Staaten in der Weltpolitik oder in einzelnen Regionen, mächtige Streitkräftemassierungen z.B. an den Grenzen Kasachstans, innenpolitische Wirren und bewaffnete Konflikte in der Region und unverhältnismäßige Aufrüstung durch bestimmte Staaten.
7. Der Autor plädiert für eine gleichberechtigte Kooperation zwischen Zentralasien und Rußland. Aus ihr müsse die Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten gefestigt und nicht geschwächt hervorgehen. Zu diesem Zweck müßten die Politiker der Region zusammen mit den demokratischen Kräften in Rußland einer neo-imperialen Tendenz in der russischen Außenpolitik entgegenwirken, die regionalen Integrationsprozesse in Zentralasien vorantreiben, über die ECO die Kommunikation mit anderen asiatischen Ländern intensivieren und aktive Beziehungen zu den übrigen Staaten der Weltgemeinschaft entwickeln, nicht zuletzt auch um wirtschaftliche, finanzielle, politische und diplomatische Unterstützung von verschiedenen Seiten zu erlangen.

Zentralasien als neuer geopolitischer Faktor

Nach dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion sind die asiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken zu selbständigen völkerrechtlichen Subjekten geworden. In diesem grundlegenden Statuswandel liegt auch ihre neue geopolitische Rolle begründet. Die geostrategische Bedeutung der Region liegt darin, daß sie an zwei der fünf Nuklearstaaten der Welt grenzt: an Rußland und China. Zudem hat sie - über den Iran, Afghanistan und Pakistan - Zugang zum Persischen Golf und zum Indischen Ozean sowie - über China - zum Pazifischen Ozean.

Mit der Vollendung des Baus der transasiatischen Eisenbahnlinie und mit dem Ausbau der Straßen- und Luftverbindungen wird die geostrategische Bedeutung Zentralasiens und seine Rolle in Handel und Wirtschaft noch weiter zunehmen, denn durch diese Region werden bedeutende Handelsströme aus dem asiatisch-pazifischen Raum nach Europa und Westasien und umgekehrt verlaufen.

Die Staaten Zentralasiens sind gleichzeitig Mitglieder europäischer (KSZE, NACC, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) und asiatischer internationaler Organisationen und Banken (ECO = Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Asiatische Entwicklungsbank, Islamische Entwicklungsbank). Das macht die Einzigartigkeit ihrer internationalen Situation aus.

Zentralasien in den Augen russischer Analytiker

Mit der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit nach dem Auseinanderbrechen der UdSSR haben die ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien aufgehört, für die Außenwelt allein unter touristischen Aspekten von Interesse zu sein. Damit laufen sie nun, wie einige Analytiker in Rußland meinen, Gefahr, in den Strudel geopolitischer Veränderungen hineingezogen zu werden. Die Hauptbeteiligten am internationalen Kräftespiel sind natürlich Rußland, China und die USA. Aber auch die führenden Staaten Europas (Deutschland und Frankreich) und Asiens (Türkei, Iran, China, Japan u.a.) spielen eine Rolle.

Ohne die Rolle der Geopolitik bei der Gestaltung und Entwicklung der modernen internationalen Beziehungen überbewerten zu wollen, muß doch zugegeben werden, daß viele außenpolitische Schritte und Initiativen auf der Basis geopolitischen Denkens konzipiert und durchgeführt werden. Tatsächlich wird die Außenpolitik der Staaten außer von historischen und anderen Faktoren auch von der geographischen Lage der betreffenden Länder bestimmt, und die kann günstiger oder weniger günstig sein.

Wie verhält es sich in dieser Beziehung mit den neuen unabhängigen Staaten Zentralasiens? Welche Rolle spielen sie in den globalen und regionalen geopolitischen Konstellationen? Welche Rolle können sie dort spielen? Antworten auf diese Fragen sind schon alleine deshalb wichtig, weil die Rollenbestimmung eng mit der Schaffung günstiger äußerer Bedingungen für die Entwicklung der Staaten selber zusammenhängt.

Von besonderer Bedeutung für die Zukunft der Staaten Zentralasiens ist zweifellos, wie sich Rußland als ehemalige Metropole und als Großmacht, die diesen Status über den Zerfall der UdSSR

hinaus behält, ihnen gegenüber verhält. Die entscheidende Frage ist hier: Hat das neue Rußland wirklich und für alle Zeiten den unabhängigen und souveränen Status dieser Staaten anerkannt oder wird es, sobald es seinen Krisenzustand überwunden und sich konsolidiert haben wird, versuchen, sie erneut unter seine Kontrolle zu bringen?

Daß diese Frage noch offen ist, wird daran deutlich, daß ein ganz erheblicher Teil der russischen Wählerschaft im Dezember 1993 für Wladimir Shirinowskij gestimmt hat, für den Anwärtler auf die Rolle des Reichsrestaurators. Dabei ist Shirinowskij nur ein extremer Exponent neo-imperialer Ambitionen. Leider sitzt das, was er offen ausspricht, in den Köpfen nicht weniger Politiker und Ideologen in Rußland, mögen diese auch für die Rückführung der ehemaligen Sowjetrepubliken in den Schoß des Imperiums andere Methoden und Fristen im Auge haben als er. Ob sie von der politischen Bühne Rußlands verschwinden, wird die Zeit zeigen.

Die geopolitischen Vorstellungen, die russische Analytiker über Zentralasien äußern, sind sehr unterschiedlich und sogar widersprüchlich. So schrieb z.B. der Leiter des Lehrstuhls für militärpolitische Wissenschaften an der Militärakademie des Generalstabs der Streitkräfte der Russischen Föderation, Generalmajor I. Danilenko, das Ausscheiden der Staaten Zentralasiens aus dem geopolitischen Raum Rußlands werde in Rußland als Gefahr für die eigene Sicherheit angesehen. Danilenko ist der Ansicht, daß es auf der Welt Kräfte gebe, die Zentralasien benutzen wollen, um Rußland mit Hilfe des islamischen Faktors aufzusplittern. Sollten diese Pläne Wirklichkeit werden, so würde Zentralasien unausweichlich zu einer Region militärpolitischer Instabilität mit Kriegen und militärischen Konflikten werden. Viele Territorien und Grenzlinien würden dann zum Gegenstand zwischenstaatlicher Streitigkeiten und Kämpfe.¹

Einen entgegengesetzten Standpunkt vertritt S. Solodownik, ein führender Wissenschaftler des Zentrums für internationale Studien im Moskauer Staatsinstitut für internationale Beziehungen, das dem Außenministerium der Russischen Föderation untersteht. Kennzeichnend für seinen Standpunkt ist der geringe Stellenwert, den er der Rolle Zentralasiens beimißt, sowie die feste Meinung, daß Rußland sich von dieser Region distanzieren müsse. In der Sicht Solodowniks zählt die geostrategische Region Zentralasien zum Bereich nachrangiger Interessen der führenden Weltmächte, sie besitzt keine Rohstoffreserven, die die Situation auf dem Weltmarkt ernsthaft beeinflussen können, und ist dazu verdammt, in der Weltwirtschaft nur eine periphere Rolle zu spielen.

Die heftige diplomatische und wirtschaftliche Aktivität vieler Staaten der Welt in Zentralasien, die Naturschätze, die weltweite Bedeutung haben, sowie die Dynamik, mit der die Staaten der Region in die internationale Wirtschaftsgemeinschaft eintreten, zeigen, daß diese Vorstellung weit von der Wirklichkeit entfernt ist. Höchstwahrscheinlich entspringt sie dem Bestreben, den Rückzug Rußlands aus Zentralasien bzw. die Schwächung seines Einflusses in dieser Region zu rechtfertigen.

Solodownik meint, es gebe "keine ernsthaften Gründe, die Strategie Rußlands gegenüber Zentralasien nach den Maßgaben eines expandierenden und mächtigen Imperiums - etwa Rußlands in der Zeit des Anschlusses der Region in der Mitte des 19. Jahrhunderts oder der ehemaligen Sowjetunion - auszurichten". Er erhebt folgende Punkte zur Grundlage russischer Strategie in der Region: eine

¹ Azija, Nr. 4 (Februar 1993).

vorbeugende Einschränkung der Zone unmittelbarer Kontrolle bei gleichzeitiger Wahrung von Eigentumsinteressen, die Errichtung einer Sicherheitslinie an den neuen Grenzen und die Gewährleistung von Migrationsmöglichkeiten für die russische Bevölkerung aus den Ländern des nahen Auslands.

Bemerkenswerterweise schlägt der Autor bezüglich Kasachstans eine besondere Strategie vor: "Optimal für Rußland ist die Herstellung enger konföderativer Beziehungen mit dieser Republik. Sollte es aber zu einer Destabilisierung der Machtstrukturen kommen, wenn die Bevölkerung Südkasachstans auf Positionen des nationalen Extremismus einschwenkt, dann müssen Mittel für ein alternatives Vorgehen bereitgehalten werden."²

Welche Mittel und was für ein Szenario hier gemeint sind, ist nicht schwer zu erraten. Es geht hier um hohe Einsätze, denn, so schreibt der Autor, die zahlenmäßig überwiegende slawische Bevölkerung Nordkasachstans kann nicht einfach ausgesiedelt werden, und die geopolitischen und Eigentumsinteressen Rußlands sind hier so weitgesteckt, daß bei einem Verlust Nordkasachstans auch der Ural und Sibirien gefährdet wären.

Abschließend gibt der Autor eine für jeden modernen Kasachen verblüffende Prognose: "Wenn die Entwicklung in Richtung Destabilisierung geht, dann ist es wahrscheinlich, daß Kasachstan wieder aufgeteilt wird in die Große Horde (starsij zuz), die sich nach Zentralasien orientiert, die Kleine Horde (mladsij zuz), die an Rußland fällt, und die Mittlere Horde (srednij zuz) als Pufferzone zur Sicherheit."³

Derartige Vorstellungen vom modernen Kasachstan und seiner geopolitischen Zukunft kann man nur mit Befremden und Bedauern kommentieren. Erstaunlich, mit welcher Leichtigkeit der Autor geneigt ist, Rußland an der Neuaufteilung der Welt zu beteiligen und insbesondere Kasachstan aufzuspalten und es in eine ferne historische Vergangenheit zurückzustoßen. Zudem existiert die Frage einer Aussiedlung der slawischen Bevölkerung Nordkasachstans nur in der blühenden geopolitischen Phantasie des Autors, jedoch nicht in Kasachstan.

Sehr häufig wird in den Veröffentlichungen russischer Autoren der Gedanke wiederholt, daß die neuen unabhängigen Staaten in Zentralasien, wenn sie aus dem geopolitischen Umfeld Rußlands herausfallen, unvermeidlich zur Beute der Nachbarstaaten werden und ihre eigenstaatliche Existenz einbüßen.

So schreibt z.B. einer der bedeutendsten Ideologen der Restauration des russischen Imperiums, das Mitglied der Akademie der Naturwissenschaften Rußlands E. Posdnjakow: "Wenige Jahre des Chaos und der Desorganisation haben völlig ausgereicht, daß einige der ehemaligen Unionsrepubliken zu Satelliten von stärkeren und dynamischeren Nachbarmächten geworden bzw. unter deren 'Protektorat' gefallen sind (so sind in der Türkei schon Karten veröffentlicht worden, die keinerlei Zweifel hinsichtlich der Ansprüche auf einige südliche Territorien der ehemaligen Sowjetunion aufkommen lassen). Man kann keineswegs sicher sein, daß alle Völker, die die Selbstbestimmung erlangt haben, den langen und zermürbenden Existenzkampf bestehen werden und daß nicht manche

² Meždunarodnaja žizn', Nr. 9/1993, S. 102.

³ Ebenda.

von ihnen als Nation von der historischen Bühne verschwinden werden."⁴

Tatsächlich ist in der Türkei eine Karte veröffentlicht worden, auf der die neuen zentralasiatischen Staaten dargestellt sind, aber sie enthält keinerlei Hinweise auf Ansprüche der Türkei, sich diese Staaten anzugliedern oder sie unter ihre Kontrolle zu bringen. Eine ganz andere Sache ist die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen mit der Welt der Turkvölker.

Ein weiteres Thema, das in der russischen Presse häufig hochgespielt wird, ist die sattem bekannte Gefahr des islamischen Fundamentalismus. Dem Massenbewußtsein wird methodisch das Stereotyp eingeimpft, daß die Zentren der moslemischen Welt den Zerfall der UdSSR und den Niedergang des Marxismus zu nutzen versuchen, um das in Zentralasien entstandene geopolitische und ideologische Vakuum auszufüllen, den islamischen Fundamentalismus zu etablieren und mit seiner Hilfe die Integrität Rußlands zu untergraben.

Es bedarf keines besonderen Beweises, daß das Bestreben der islamischen Turkvölker, ihre historischen, geistigen und kulturellen Verbindungen wiederherzustellen, ebenso natürlich ist wie es bei den slawischen und christlichen Völkern der Fall ist, und daß dies keinerlei antirussische Zielrichtung hat. Es sollte aber beachtet werden, daß es für alle Beteiligten höchst gefährlich ist, wenn die ethnischen und religiösen Welten gegeneinander gestellt werden und vor allem, wenn zur Schaffung von Bündnissen und Blöcken eindeutig konfrontativen Charakters aufgerufen wird, wie es beispielsweise der Abteilungsleiter im Institut für die USA und Kanada der Russischen Akademie der Wissenschaften, K. Pleschakow, tut: "Panislamismus und Pantürkismus sind keineswegs nur erfundene Popanze. Der Westen übernimmt die Verantwortung, sie im atlantischen Teil Eurasiens einzudämmen, wozu er aber im kontinentalen Eurasien nicht in der Lage ist. Somit obliegt Rußland unter den neuen Bedingungen wiederum die Mission eines gigantischen Puffers in Eurasien, eines Stoßdämpfers, der die seismischen Stöße - diesmal (potentiell) von so gut wie allen Seiten - abfängt."⁵

Auch der Mythos der "chinesischen Gefahr" wird bei der von Rußland für Zentralasien erstellten Bedrohungsanalyse gepflegt. Als Schreckgespenst dient dabei die wachsende wirtschaftliche und militärische Macht der Volksrepublik China, ferner ihr Nuklearpotential und sogar die schleichende ethnische Expansion, d.h. die Infiltration von Chinesen in Nachbarstaaten zur dauerhaften Ansiedlung.

So würdigt Armeegeneral M. Garejew, Mitglied der Akademie der Naturwissenschaften und Doktor der militärischen und der historischen Wissenschaften, die im Großen und Ganzen positive Außenpolitik, die China gegenwärtig betreibt, warnt aber zugleich: "Es ist aber auch zu beachten, daß - unabhängig von den Wünschen einzelner Politiker - zu einem der wesentlichen Elemente, die das Verhalten dieses Staates bestimmen, der demographische Faktor werden kann."⁶

Was die sonstigen Aspekte der "chinesischen Gefahr" angeht, so äußert sich dazu mit aller Deutlichkeit Oberst W. Stefanin in seiner Analyse der Militärdoktrin Chinas. Nach seinen Worten ist

⁴ Meždunarodnaja žizn', Februar 1993, S. 25.

⁵ K. Plesakov, Missija Rossii. Tret'ja epoha, in: Meždunarodnaja žizn', Januar 1993, S. 20.

⁶ M. Gareev, Prioritety gosudarstvennych interesov Rossijskoj Federacii, in: Meždunarodnaja žizn', Mai-Juni 1993, S. 146.

Schlüsselement dieser Doktrin die Konzeption "der strategischen Grenzen und des Lebensraums", welche die Ansprüche Chinas auf Territorien aller Nachbarstaaten, vor allem in Südostasien, allseitig begründet und auf lange Sicht auch die nationale Sicherheit der angrenzenden asiatischen GUS-Staaten berühren kann. Sein Fazit lautet: "In den neunziger Jahren wird China vermutlich eine solche Entwicklung seiner Wirtschaft und seiner Streitkräfte anstreben, die es ihm erlaubt, im 21. Jahrhundert aktiv den Kampf um die Neufestlegung der 'strategischen Grenzen' und die Ausweitung des 'Lebensraums' aufzunehmen."⁷

Für die geopolitischen Prognosen in wissenschaftlichen Veröffentlichungen aus Rußland lassen sich zwei Motive ausmachen. Das erste besteht darin, daß man beweisen will, daß Zentralasien eine Sphäre lebenswichtiger geopolitischer Interessen Rußlands ist und daß Rußland ein Eindringen anderer Staaten der Welt in diese Region und einen Wettbewerb mit ihnen nicht zulassen wird. Das zweite Motiv besteht darin, daß man die neuen unabhängigen Staaten Zentralasiens überzeugen und damit schrecken will, daß sie im Falle ihres Ausscheidens aus dem geopolitischen Raum Rußlands zur Beute der geopolitischen Begierden anderer Staaten würden.

Diese geopolitischen Konzeptionen können unter Umständen zur Grundlage der offiziellen Außenpolitik Rußlands werden. Vielleicht werden sie nicht offiziell verkündet und plakatiert, aber sie werden sich in der außenpolitischen Praxis bemerkbar machen. Eine derartige Geopolitik wäre aber ein Relikt des "kalten Krieges" in Bezug auf neue Subjekte der internationalen Beziehungen. Ihr wesentliches Merkmal bestünde darin, daß anderen Staaten Absichten unterstellt werden, an die sie überhaupt nicht denken, und daß in den internationalen Beziehungen "Feindbilder" und der Geist der Konfrontation aufgebaut werden.

Die neuen unabhängigen Staaten Zentralasiens sind nicht nur Objekte, sondern auch Subjekte der internationalen Beziehungen, und sie haben das souveräne Recht, Beziehungen mit allen Staaten der Welt zu entwickeln und nicht nur Einflußsphäre eines einzelnen Staates zu sein.

Die Außenpolitik Rußlands in Zentralasien

In der ersten Entstehungsphase der neuen unabhängigen Staaten nach dem August 1991 bis etwa zum Frühjahr 1993 hatte es den Anschein, daß sich zwischen Rußland und den zentralasiatischen Ländern gleichberechtigte Beziehungen herausbilden würden. Dafür sprach die Unterzeichnung bilateraler Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe ebenso wie multilaterale Abkommen im Rahmen der GUS.

In der letzten Zeit jedoch treten in der Politik Rußlands gegenüber dem nahen Ausland immer deutlicher neo-imperiale Tendenzen zutage. Dies geschah vor allem vor und nach den Wahlen zum neuen russischen Parlament am 12. Dezember 1993, bei denen die Liberal-demokratische Partei Shirinowskijs und die Kommunisten, die stärker als viele andere politische Kräfte und Bewegungen von Plänen zur Wiedererrichtung des Sowjetimperiums besessen sind, einen beeindruckenden Sieg errangen.

Die Tendenz der russischen Außenpolitik, gegenüber dem sogenannten "nahen Ausland" die Praxis

⁷ V. Stefanin, *Sovremennaja voennaja doktrina Kitaja*, in: *Voennaja mysl'*, Nr. 1/1993, S. 67.

des "Teile und herrsche" anzuwenden, bezieht sich auch auf die ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens.

Es hat sich auch gezeigt, daß Rußland sich mit allen Mitteln bemüht, eine Verstärkung der integrativen Prozesse zwischen den zentralasiatischen Staaten auf wirtschaftlichem, politischem und besonders auf militärischem Gebiet nicht zuzulassen. Die russische Diplomatie betreibt eine differenzierte Politik und gründet ihre Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten streng auf bilateraler Basis. Eifersüchtig und mißgünstig beobachtet sie die sich intensiv entwickelnden Verbindungen dieser Staaten zu den übrigen Staaten der Welt.

In der Anfangsphase der Tätigkeit Andrej Kosyrews als Chef des russischen Außenamts war deutlich eine einseitige Orientierung auf den Westen zu erkennen sowie das Bestreben, Rußland in die atlantische Gemeinschaft zu integrieren. Gegenüber Asien allgemein und den ehemaligen asiatischen Sowjetrepubliken insbesondere zeigte man eine geringschätzige Haltung. Sie wurden lediglich als Objekt der Begierde des islamischen Fundamentalismus angesehen.

Als auf einer Sitzung des Rats für Außenpolitik des Außenministeriums der Russischen Föderation die außenpolitische Konzeption Rußlands erörtert wurde, sprach Kosyrew von der Notwendigkeit, entlang den Grenzen Rußlands einen Gürtel guter Nachbarschaft zu schaffen, und er erklärte: "Ein Abgleiten in den 'asiatischen Sumpf' darf nicht zugelassen werden, d.h. wir dürfen Zentralasien nicht den Kräften des islamischen Fundamentalismus oder anderen extremistischen Kräften in dieser Region überlassen. Wir müssen diese Region in den KSZE-Prozeß mit allen seinen hohen Prinzipien einbinden. Wir haben erreicht, daß diese Staaten Anfang 1992 in die KSZE aufgenommen worden sind. Das geschah nicht deshalb, weil wir die Geographie vergessen hätten, weil wir vergessen hätten, daß diese Staaten in Asien liegen. Unser Ziel, das Interesse Rußlands, liegt darin, daß wir nicht vom 'asiatischen Sumpf' umgeben werden, sondern vom Großraum der KSZE mit ihren demokratischen Normen und marktwirtschaftlichen Standards, d.h. mit all dem, was die europäische politische Kultur in sich trägt."⁸

Woher kommt dieser snobistische Eurozentrismus und diese geringschätzige Haltung gegenüber Asien? Und gegenüber dem Islam? Sind denn die Staaten Zentralasiens irgendwelche seelenlosen Gegenstände, die sich in der Hand Rußlands befinden und die es irgendjemandem überlassen oder nicht überlassen kann?

Besonders beunruhigt ist Rußland wegen der immer umfangreicher werdenden Teilnahme der zentralasiatischen Staaten an der Arbeit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO) und einiger von ihnen an der Asiatischen Entwicklungsbank und an der Organisation der Islamischen Konferenz, außerdem wegen deren selbständiger Außenwirtschaftstätigkeit, die ihre traditionelle Rolle als "Rohstoffappendix" in Rußland allmählich untergräbt. Geschäftsverträge großen Kalibers, wie sie etwa Kasachstan mit "Chevron" und anderen Öl- und Gaskonzernen und Usbekistan mit Goldfördergesellschaften abgeschlossen haben, die gemeinsam mit dem Iran vorgebrachte Forderung nach Gleichberechtigung mit Rußland in der Schifffahrt, der Fischerei und anderen Aktivitäten auf dem Kaspischen Meer, die aktive Diversifizierung der Transportverbindungen in Richtung Süden - all dies wird von Rußland als Bedrohung seiner

⁸ Meždunarodnaja žizn', Februar 1993, S. 6

lebenswichtigen wirtschaftlichen und strategischen Interessen empfunden.

Was unternimmt Rußland, um die Situation zu korrigieren und Zentralasien wieder unter seine Kontrolle zu bringen? Auf wirtschaftlichem Gebiet: Unter Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Abhängigkeit versucht Rußland, die wirtschaftliche Lage der zentralasiatischen Staaten durch Einstellung bzw. Einfrieren der Lieferung seiner Industrieprodukte, insbesondere Energieträger und Erdölprodukte, zu destabilisieren. Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan können sich dank des Exports ihrer Naturschätze über Wasser halten, aber Kirgistan und Tadschikistan sind in eine schwierige Lage geraten. Auf politischem Gebiet: Rußland hat den politischen Druck auf die zentralasiatischen Staaten mit Hilfe der Massenmedien drastisch verstärkt. Die russischen Medien werfen diesen Ländern einen harten asiatischen Autoritarismus, einen ethnisch begründeten Nationalismus der Titularnationen und die Verdrängung der Russen aus der Region vor, ferner zunehmenden islamischen Fundamentalismus und viele andere Sünden.

Hier stellt sich unwillkürlich die Frage, ob es etwa der Zweck dieser Propagandakampagne ist, die Gesellschaft in jedem der zentralasiatischen Staaten nach politischen, ethnischen, religiösen und anderen Kriterien zu spalten und sie damit zu schwächen. Es entsteht der Eindruck, daß die Autoren vieler russischer Presseveröffentlichungen zur zentralasiatischen Thematik nicht abgeneigt sind, in dieser Region ethnische Konflikte und gegenseitige territoriale Ansprüche anzuheizen. Als Erbe der 1924 von Moskau vorgenommenen nationalstaatlichen Abgrenzung in Zentralasien zählen russische Ethnopolitologen etwa zehn "strittige Territorien" in dieser Region auf. Tatsächlich wurden infolge dieser Abgrenzung einige Völker durch Republikgrenzen getrennt, die die ehemalige UdSSR administrativ-territorial aufteilten und die nun zu Staatsgrenzen geworden sind. Aber heute wird in den Staaten Zentralasiens weder auf der offiziellen Ebene noch in der Presse von irgendeiner politischen Partei oder Bewegung - abgesehen von einzelnen Personen oder Gruppen, die niemanden repräsentieren - die Frage einer Neuziehung der Grenzen aufgeworfen.

Die Völker Zentralasiens und ihre Führer sind sich durchaus im klaren darüber, daß das Unterfangen, die Grenzen mit den tatsächlichen Siedlungsgebieten der Völker in Übereinstimmung zu bringen (eine Aufgabe, die angesichts der traditionell gemischten Siedlungsweise der Völker der Region praktisch unerfüllbar ist), gleichbedeutend mit dem Beginn eines blutigen Gemetzels ist. In der auf dem Treffen vom 23. Juni 1990 in Almaty abgegebenen Erklärung der Führer der fünf zentralasiatischen Republiken wurde in diesem Zusammenhang betont: "Wir bestätigen die Unantastbarkeit der Territorien der Republiken, wie sie sich herausgebildet haben, sie können nicht durch die Willensbekundung irgendeiner Seite ohne die Zustimmung der anderen verändert werden."⁹

In der russischen Presse jedoch werden Karten mit der Angabe "strittiger Territorien" veröffentlicht (z.B. in der *Nezavisimaja gazeta* vom 25. Dezember 1992), und überhaupt wird mit allen Mitteln das Thema akuter oder potentieller ethnischer Konflikte in Zentralasien breitgetreten, und das leider durchaus nicht immer in edler Absicht.

Auf militärischem Gebiet: Als Erbe der zerfallenen UdSSR sind in Zentralasien nicht wenige große militärische Objekte verblieben, die zum sowjetischen Verteidigungssystem gehörten. Dabei handelt

⁹ Kazachstanskaja pravda, 24.6.1990.

es sich um Radar-Frühwarnsysteme gegen Raketenangriffe, Objekte der Luftabwehr, Militärübungsplätze u.a. Die zentralasiatischen Staaten haben nichts dagegen, daß ein Teil dieser Objekte entsprechend dem Prinzip der ausreichenden Verteidigung und dem am 15. Mai 1992 in Taschkent unterzeichneten Vertrag über kollektive Sicherheit bleiben und ihre Aufgabe weiterhin erfüllen soll.

Es ist aber auch allmählich zu erkennen, daß die russische Seite bestrebt ist, ihre militärische Präsenz nicht so sehr zur Abwehr äußerer Bedrohungen aufrechtzuerhalten als vielmehr dazu, ihre Kontrolle über die Entwicklung der inneren Situation in den Staaten Zentralasiens zu erhalten und zu festigen und die Souveränität dieser Staaten, besonders auf dem Gebiet der Außenpolitik und der außenwirtschaftlichen Tätigkeit, zu beschränken.

Rußland verfolgt im nahen Ausland konsequent und beharrlich den Kurs, die militärischen Objekte der ehemaligen UdSSR zu erhalten und ihnen den Status russischer Einrichtungen zu geben. Das gilt auch für den Weltraumbahnhof Baikonur, der zu einem Stützpunkt der Weltraumstreitkräfte Rußlands gemacht werden soll. Wenn sich der Erneuerungsprozeß unserer Beziehungen konstruktiv entwickeln soll, dann muß man sich über die Hauptsache im klaren sein: Rußland hat in Zentralasien durchaus reale Interessen. Das sind, außer dem Schutz der äußeren Grenzen, das Interesse am Erhalt einiger Bestandteile des einheitlichen Verteidigungssystems der ehemaligen UdSSR, die Fortdauer der Lieferung von Industrieerzeugnissen, Rohstoffen und Nahrungsmitteln sowie die Transportverbindungen nach Südasien bis zum Indischen Ozean und zum Persischen Golf. Und nicht zuletzt betreffen diese Interessen das Wohl der 12 Millionen Russen, die in den zentralasiatischen Staaten leben.

Die Ereignisse an der tadschikisch-afghanischen Grenze haben die Bedeutung Zentralasiens für die Sicherheit und die geopolitischen Interessen Rußlands augenfällig gemacht. Es ist noch deutlicher geworden, wo bei der Durchlässigkeit der inneren Grenzen der GUS Rußlands reale äußere Grenzen verlaufen und wo genau den breiten Strömen von Waffen und Drogen, die sich aus dem benachbarten Afghanistan schon bald in die GUS ergießen können, ein Riegel vorgeschoben werden muß.

Solche Überlegungen liegen für die politischen Führungen Kasachstans, Kirgistans und Usbekistans auf der Hand. Ausgehend von den Interessen ihrer eigenen Staaten, die hier mit den Interessen Rußlands zusammenfallen, haben sie militärische Formationen zum Schutz der Grenze entsandt und gemeinsam mit Tadschikistan und Rußland an den UN-Sicherheitsrat appelliert, die verbündeten Verteidigungsstreitkräfte der GUS als UN-Friedenstruppen in Tadschikistan anzuerkennen. In Rußland wird jetzt darüber geklagt, daß die Hauptlast beim Schutz der Grenze auf den Schultern der russischen Grenzsoldaten liege, der Beitrag der zentralasiatischen Staaten hingegen unzureichend sei. Dabei wird aus irgendwelchen Gründen verschwiegen, daß man in der ehemaligen UdSSR Angehörige der nichtslawischen Völker nur ungern zu Offizieren der Grenztruppen und für das höhere Offizierscorps insgesamt ausgebildet hatte. Aus eben diesem Grunde macht sich jetzt in den Staaten Zentralasiens ein akuter Mangel an solchen Offizieren bemerkbar. Der wesentliche Punkt aber liegt darin, daß Fragen der Stärkung der Grenzsicherheit und der Verteidigung insgesamt sehr viel leichter zu lösen wären, wenn es einen einheitlichen Währungs-, Wirtschafts- und Verteidigungsraum gäbe, aber der ist - nicht ohne einen gewichtigen "Beitrag" russischer Politiker -

in Stücke geschlagen worden.

So groß das Interesse der nun souveränen Republiken am Erhalt und Ausbau freundschaftlicher und partnerschaftlicher Beziehungen zu Rußland auch ist, sie werden dennoch fortfahren, auch Brücken zu anderen, besonders den angrenzenden Staaten zu schlagen, von denen sie viele Jahrzehnte durch das zaristische Regime und das Sowjetregime abgeschnitten waren. Aber sie werden das nicht zum Schaden und nicht im Widerspruch zu den geopolitischen Interessen Rußlands tun. Rußland sollte sich nicht vom Ausbau der Beziehungen der zentralasiatischen Staaten zu China, zur Türkei, zu Pakistan und zu den entwickelten Ländern des Westens schrecken lassen. Keinen Argwohn sollte auch der Beitritt der zentralasiatischen Staaten in die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit wecken, deren Gründer der Iran, Pakistan und die Türkei waren, und der jetzt außerdem Aserbaidschan und Afghanistan angehören. Es handelt sich dabei keineswegs um eine Zollunion und schon gar nicht um den berühmt-berüchtigten "Block islamischer Staaten", sondern um eine Organisation assoziativer Art, die es sich zur Aufgabe macht, ihren Mitgliedern bei der Entwicklung von Wirtschaft und Handel zu helfen. Außerdem hat der Präsident von Kasachstan, N. Nasarbajew, in einer Rede auf einem Treffen in Istanbul ausdrücklich betont, wie vorteilhaft die Zusammenarbeit der ECO mit Rußland, der Ukraine und den Kaukasus-Staaten sei. Er unterstrich den blockfreien Charakter dieser Organisation und sprach sich gegen die Formierung zwischenstaatlicher Beziehungen auf ethnischer und religiöser Grundlage aus. In Zentralasien sehe man die ECO nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zur GUS an.

Auch die sogenannte Gefahr des islamischen Fundamentalismus und seines Eindringens über Zentralasien in die islamischen Regionen Rußlands mit dem Ziel, das Land zu zerstören, sollte nicht künstlich aufgebläht werden. Die Staaten Zentralasiens sind ihrem Charakter nach laizistisch, deshalb werden sie eine Politisierung von Religionsgemeinschaften und erst recht subversive Aktivitäten auf religiöser Grundlage niemals zulassen. Anders als in Rußland neigt man hier nicht dazu, die Wiedergeburt des Islam und anderer Religionen mit Erscheinungsformen des Fundamentalismus und religiösen Extremismus zu verwechseln. Man sollte sicher nicht mit zweierlei Maß messen und die Wiedergeburt der Orthodoxie in Rußland als Segen, die des Islam in Asien jedoch als Übel hinstellen. Dies gilt um so mehr, als in diesen Staaten der Islam, die Orthodoxie und andere Religionen friedlich miteinander leben.

Die Staaten Zentralasiens werden niemals aus dem geopolitischen Raum Rußlands herausfallen, sofern nicht Rußland selbst dazu beiträgt. Historisch und geopolitisch sind sie - im positiven Sinne des Wortes - dazu verurteilt, sich in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung an Rußland als den Garanten ihrer äußeren militärischen Sicherheit und der Stabilität in der Region anzulehnen. Aber die gleiche Geschichte sowie räumlich-geographische und ethnisch-demographische Faktoren geben es Rußland auf, freundschaftliche und nicht konfrontative Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten zu pflegen.

Unrealistisch und aussichtslos ist es hingegen, Hoffnungen darauf zu setzen, daß man in Zentralasien zwischenstaatliche und ethnische Konflikte sowie wirtschaftliches und soziales Chaos zu einer Rückführung der Region in die Vergangenheit ausnutzen könnte. Eine Politik des "Teile und herrsche" wird unter den heutigen Bedingungen angesichts des bestehenden Niveaus des nationalen Selbstbewußtseins und der politischen Kultur nicht mehr greifen.

Nicht durch Konfrontation und Wiederrichtung des Imperiums und nicht im Alleingang, sondern nur gemeinsam werden sich Zentralasien und Rußland aus der Krise der Übergangsperiode befreien und demokratische und prosperierende Staaten aufbauen können.

Perspektiven der wirtschaftlichen Integration in Zentralasien

Die Region Zentralasien hat 55 Millionen Einwohner, sie ist sehr reich an natürlichen Ressourcen und verfügt über ein recht gut entwickeltes wirtschaftliches und wissenschaftlich-technisches Potential. Unter bestimmten Voraussetzungen, so wurde auf dem Taschkenter Treffen der Staats- und Regierungschefs der Region im Januar 1993 betont, ist die Bildung eines regionalen Marktes durchaus möglich. Das aber setzt einen offenen Zoll- und Wirtschaftsraum, den freien Fluß von Kapital und Arbeitskräften, ein einheitliches Steuersystem sowie abgestimmte Preise voraus.

In dem gemeinsamen Kommuniqué wurde die Notwendigkeit einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Region betont, und es wurde die Vereinbarung getroffen, einen konkreten Mechanismus zur ständigen Kontrolle der Durchführung zwischenstaatlicher Verträge und Abkommen zu erarbeiten.

Um die Integrationspläne zu verwirklichen, sollen gemeinsame Kommissionen für Erdöl, Elektroenergie, Baumwolle und andere Bereiche mit Büros in Aschgabat, Bischkek, Taschkent und Almaty gebildet werden.

Besonderes Augenmerk wurde auf dem Taschkenter Treffen auf die zuverlässige Versorgung der Region mit Energieträgern und auf die Entwicklung alternativer Transportverbindungen gerichtet. So ist z.B. vorgesehen, Rohöl aus Kasachstan, das am Kaspischen Meer gefördert wird, in Raffinerien in Usbekistan und Turkmenistan zu verarbeiten.¹⁰ Des weiteren wurde beschlossen, den Bau einer Eisenbahnlinie in den Iran mit Zugang zum Persischen Golf und in die Türkei zu beschleunigen und den Ausbau der Station Drushba, die über China einen Zugang zum Pazifischen Ozean eröffnet, schneller in Betrieb zu nehmen.

Zum Zwecke der Schaffung eines einheitlichen Informationsraums in der Region wurde beschlossen, ein gemeinsames Fernsehzentrum in Taschkent und eine gemeinsame Zeitung in Almaty einzurichten. Damit soll die Abhängigkeit von den Massenmedien Rußlands überwunden werden, die bis heute der wichtigste Kanal sind, über den in der Region nicht nur Weltnachrichten, sondern auch Informationen über die Staaten der Region selber verbreitet werden.

Während des Besuchs von Präsident Nasarbajew in Usbekistan vom 10.-12. Januar 1994 einigten sich beide Seiten über weitere Schritte zur Entwicklung der kasachisch-usbekischen Beziehungen.

Zur weiteren Vertiefung und Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Ländern unterzeichneten die Präsidenten Karimow und Nasarbajew einen Vertrag über die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums zwischen beiden Staaten, der den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften vorsieht und für eine abgestimmte Kredit-, Haushalts-, Steuer-, Preis-, Zoll- und Währungspolitik sorgen soll.

¹⁰ Kazachstanskaja pravda, 5.1.1993.

Die Beziehungen zwischen den beiden führenden zentralasiatischen Staaten basieren auf dem am 24. Juni 1992 unterzeichneten "Turkestanischen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe" und entwickeln sich auf dieser Grundlage weiter.

Dem bilateralen Vertrag zwischen Kasachstan und Usbekistan über die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums schloß sich unverzüglich auch Kirgistan an. Wegen der bestehenden Lage in Tadschikistan und wegen der Distanzierung Turkmenistans von den anderen zentralasiatischen Staaten in einigen Fragen schließt der Vertrag bislang nicht die gesamte Region ein.

Dennoch ist die wirtschaftliche Integration auch unter den drei Republiken recht effektiv, denn in ihnen leben 90 Prozent der Bevölkerung Zentralasiens und hier sind 90 Prozent der Arbeitskräfte und der Wasser- und Energieressourcen der Gesamtregion konzentriert. Außerdem sind diese Verträge offen, so daß ihnen mit der Zeit auch Turkmenistan und Tadschikistan beitreten können.

Auf dem Treffen der Präsidenten der drei Staaten am 8. Juli 1994 in Almaty wurde ein Paket von Dokumenten vereinbart und unterzeichnet, die einen rechtlichen Mechanismus zur Regelung der Beziehungen auf den Gebieten der Wirtschaft, der Unternehmertätigkeit, der Finanzen, der Zusammenarbeit in Militärtechnik und Verteidigung sowie in der Außenpolitik bereitstellen.

Zur Verwirklichung der gefaßten Beschlüsse ist der Zwischenstaatliche Rat eingerichtet worden, dem die Präsidenten, die Ministerpräsidenten und die Außenminister angehören, sowie ein Rat der Verteidigungsminister. Ebenfalls wurde ein ständiges Arbeitsorgan geschaffen, das Exekutivkomitee des Zwischenstaatlichen Rats, dessen Aufgaben Koordination und Konsultation, Prognose und Analyse sowie Information sind.

Ihm obliegen so wichtige Aufgaben wie die Ausarbeitung von Vorschlägen zur Vertiefung der wirtschaftlichen Integration, zur Verbesserung der Wirtschaftsstrukturen und zum Aufbau einer gemeinsamen marktwirtschaftlichen Infrastruktur.

Entsprechend dem Vertrag über die Schaffung eines Wirtschaftsraums wird ein komplexes Programm zur Integration der Wirtschaften der drei Staaten für den Zeitraum 1994-2000 erarbeitet. Darin ist die Errichtung der unterschiedlichsten Produktionsstätten und die Herstellung und der Vertrieb von Produkten auf Kooperationsbasis vorgesehen. Ziel ist die Rationalisierung und die Verringerung der Abhängigkeit von der unnötigen Einfuhr von Rohstoffen und Produkten von außerhalb der Region.

Zur Realisierung dieses Programms soll die von den drei Staaten gegründete Zentralasiatische Bank für Entwicklung und Zusammenarbeit mit einem Grundkapital von 9 Millionen Dollar beitragen. Sie soll die Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und den Aufbau gemeinsamer Unternehmen finanzieren und kreditieren und multilaterale zwischenstaatliche Verrechnungen durchführen.

Die Vertiefung der wirtschaftlichen Integration der drei zentralasiatischen Staaten wird es ihnen ermöglichen, die bestehenden Schwierigkeiten erfolgreicher zu überwinden, die Produktion zu entwickeln, die wirtschaftliche Souveränität zu festigen und den Wohlstand der Brudervölker zu verbessern.

Probleme der nationalen und regionalen Sicherheit in Zentralasien

Nachdem die neuen unabhängigen Staaten Zentralasiens zu selbständigen Subjekten in den internationalen Beziehungen geworden sind und sich bei der Gewährleistung ihrer nationalen Sicherheit vor allem auf sich selbst verlassen müssen, stellt sich die Frage, welche militärischen Bedrohungen bzw. Quellen militärischer Gefahr für sie bestehen.

In den Dokumenten zur Militärpolitik der Staaten Zentralasiens wird nichts über wahrscheinliche Gegner gesagt, aber es wird auf Quellen potentieller militärischer Bedrohung hingewiesen. Dazu werden z.B. in der Militärdoktrin der Republik Kasachstan gezählt:

- das Bestreben von Staaten oder Staatenkoalitionen nach Dominanz in der Weltgemeinschaft oder in den Regionen und Versuche, Streitfragen mit militärischen Mitteln zu entscheiden;
- die Existenz mächtiger Streitkräftegruppierungen bei einigen Staaten oder Staatenkoalitionen und das fortbestehende System ihrer Stationierung, u.a. nahe den Grenzen der Republik Kasachstan;
- die Instabilität der innenpolitischen Situation in einigen Staaten und bewaffnete Konflikte zwischen Staaten;
- die Steigerung des militärischen Potentials durch einen bestimmten Teil der Staaten.¹¹

Ähnliches gilt auch für die Militärpolitik Kirgistans, Usbekistans und Tadschikistans, die am 9. Oktober 1992 in Bischkek das Abkommen über die militärische Sicherheitskonzeption der GUS-Mitgliedstaaten unterzeichnet haben. In diesem Dokument sehen die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft "als Hauptquelle für eine potentielle militärische Gefahr ... die Instabilität der sozial-ökonomischen und militärisch-politischen Lage in einigen Regionen, das über die Verteidigungserfordernisse hinausgehende Bestehen mächtiger Militärpotentiale einiger Staaten und die Verbreitung nuklearer und anderer Massenvernichtungswaffen".¹²

Turkmenistan, das dieses Abkommen ebenso wie den Vertrag über kollektive Sicherheit und eine Reihe weiterer GUS-Dokumente zu Fragen der Militärpolitik nicht unterzeichnet hat, hat in seiner Militärdoktrin festgelegt, daß es keinen Staat als seinen Gegner ansieht.

Geht von den zum "fernen Ausland" gehörenden Nachbarstaaten Zentralasiens eine militärische Bedrohung aus? Die Rede ist hier von China, Afghanistan und dem Iran, mit denen die zentralasiatischen Staaten gemeinsame Grenzen haben. Bekanntlich besitzt von ihnen nur China ein mächtiges - auch nukleares - militärisches Potential. An die zentralasiatischen Staaten grenzt der Militärbezirk Lanzhou, der viertgrößte Militärbezirk Chinas. In ihm sind zwölf Landdivisionen stationiert, und hier befindet sich das Atomtestgelände Lop-Nor.

S. Kurginjan schreibt in der Nezavisimaja gazeta unter Hinweis auf ein im Oktober 1992 in Almaty abgehaltenes Seminar der Rand Corporation: "Der Militärbezirk Lanzhou, der direkt auf Kasachstan ausgerichtet ist, kann im Konfliktfall bis zu 400.000 Mann, 500 Panzer, 5.000 Geschütze und Minenwerfer und 450 Flugzeuge aufbieten. Die unter den Befehl Kasachstans gefallene 40. 'afghanische' Armee reicht in diesem Falle nicht einmal aus, um die Grenze auch nur irgendwie abzusichern."¹³

¹¹ N. Nazarbaev, Strategija stanovlenija i razvitija Respubliki Kazachstan kak suverennogo gosudarstva. Almaty, 1992, S. 52.

¹² Vestnik voennoj informacii, Nr. 11, November 1992, S. 7.

¹³ Nezavisimaja gazeta, 7.7.1994.

Der Autor schreckt uns nicht nur mit der zunehmenden militärischen Macht Chinas, sondern auch mit einer angeblichen mangelnden Klarheit in Fragen der Grenze und mit einer schleichenden ethnischen Expansion, d.h. Infiltration von Chinesen in ausländische Staaten zur ständigen Ansiedlung. Dabei beruft er sich darauf, daß Almaty in China bis heute "Tiao-Lin" genannt werde und das gesamte Gebiet Semiretschje als "vorläufig unbesiedelte Territorien" bezeichnet werde.¹⁴

Ein weiterer Bestandteil des Mythos der "chinesischen Bedrohung" besteht darin, daß Peking die zentralasiatischen Staaten beschuldigen kann, sie stellten ihre Territorien uigurischen Organisationen, die subversive Tätigkeit gegen China betreiben, als Basis zur Verfügung.¹⁵ In der russischen wie auch in der westlichen Presse erscheinen in nicht geringer Zahl Artikel, in denen geschrieben wird, die Entstehung neuer unabhängiger Staaten in Zentralasien stimuliere in der Autonomen Uigurischen Region Xinjiang der Volksrepublik China den nationalen Befreiungskampf der ihnen verwandten muslimischen Turkvölker, vor allem der Uiguren.

Es gibt aber in den Staaten Zentralasiens keine Erscheinungen pantürkistischer und panislamistischer Solidarität. Man hält sich hier streng an das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und gestattet es keinen Organisationen irgendwelcher Art, sich in einer Weise zu betätigen, die den freundschaftlichen Beziehungen zu anderen Staaten der Welt, einschließlich Chinas, Schaden zufügen könnte. Derartigen Organisationen wird die Registrierung verweigert, und ihre Betätigung wird als illegal unterbunden.

Die Autoren solcher Publikationen verschließen die Augen vor den gewaltigen Veränderungen, die sich im postmaoistischen China vollzogen haben. Dessen außenpolitischer Kurs sieht den Verzicht auf territoriale Ansprüche und die Herstellung freundschaftlicher und gegenseitig vorteilhafter Beziehungen zu allen Nachbarstaaten vor, auch zu den zentralasiatischen.

Eine reale Bedrohung der Sicherheit der neuen unabhängigen Staaten Zentralasiens bildet die Situation an der tadschikisch-afghanischen Grenze. Wenn es hier zu einer Eruption kommt, dann entsteht eine Situation, die ganz Zentralasien sprengen kann.

Die gespannte Situation in Tadschikistan und an der tadschikisch-afghanischen Grenze ist ein ernster destabilisierender Faktor für die gesamte zentralasiatische Region. Die starre Konfrontation zwischen der heutigen Führung Tadschikistans und den oppositionellen Kräften, sowie die Bereitschaft der Opposition, im Falle des Nichtzustandekommens oder Scheiterns von Verhandlungen mit Waffengewalt an die Macht zu gelangen, engen die Aussichten für eine politische Regelung des tadschikischen Problems erheblich ein. Nach eigenen Angaben kontrolliert die tadschikische Opposition einen großen Teil Tadschikistans und verfügt über eine 15.000 Mann starke Armee, die in militärische Formationen von 20 Mann und anderer Stärke aufgesplittet ist, allein in Duschanbe habe sie 2.000 Kämpfer, die auf den Einsatzbefehl warten.

Ein Durchbrechen der tadschikisch-afghanischen Grenze und eine Machtübernahme der Oppositionskräfte kann für die gesamte zentralasiatische Region hochgefährliche Folgen haben:

- ein blutiges Gemetzel in Tadschikistan als Folge gegenseitigen Abrechnens der sich bekämpfenden Parteien;

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Nezavisimaja gazeta, 3.8.1994.

- einen tadschikisch-usbekischen Konflikt, da die tadschikische Opposition überzeugt ist, daß Usbekistan der Hauptschuldige an der in Tadschikistan entstandenen Situation ist;
- die Flamme dieses Konflikts kann einen usbekisch-kirgisischen Konflikt in Osch entzünden sowie einen tadschikisch-kirgisischen zwischen den Einwohnern der Rayons Isfara in Tadschikistan und Batken in Kirgistan;
- trotz der verschlechterten Lage der Russen in Zentralasien kann von der verschärften Situation in der Region strategisch nur Rußland profitieren, indem es die Rolle eines Schiedsrichters und Friedensstifters zwischen den Parteien zurückgewinnt und seine Militärpräsenz unter der Flagge von Friedenstruppen verstärkt;
- es wächst die Gefahr einer territorialen Aufsplitterung Kasachstans, denn nach dem Abzug von der tadschikisch-afghanischen Grenze wird sich für Rußland das Problem der Ausgestaltung neuer Grenzen stellen. Entlang welchen Linien soll es sie ausgestalten?

Damit es zu diesen gefährlichen Konsequenzen nicht kommt, haben alle zentralasiatischen Staaten ein objektives Interesse an der Unverletzlichkeit der tadschikisch-afghanischen Grenze und an ihrem Schutz unter dem Gesichtspunkt, daß sie die Außengrenze der GUS ist. Diese Aufgabe wird von den Grenztruppen erfüllt. Die auf Beschluß der GUS-Staatschefs nach Tadschikistan entsandten vereinigten Militärformationen Rußlands, Kasachstans, Usbekistans und Kirgistans haben die Aufgabe, für den Schutz der äußeren Grenzen zu sorgen, Zusammenstöße der kämpfenden Parteien nicht zuzulassen, die Zivilbevölkerung zu schützen und die Lieferung von Lebensmitteln und humanitären Hilfsgütern sicherzustellen.

Die Grenztruppen, die kollektiven Friedensstreitkräfte und die in Tadschikistan stationierte 201. russische Motor-Schützendivision dürfen keinesfalls eine der kämpfenden Parteien unterstützen, denn das könnte die Krise nur verschärfen.

Was die inneren Aspekte des tadschikischen Problems angeht, so müssen sie von den kämpfenden Parteien selbst politisch geregelt werden, aber mit Hilfe der interessierten Staaten: Rußland, Usbekistan, Kirgistan, Kasachstan, Afghanistan, Iran, Pakistan und eventuell auch Saudi-Arabien. Allein können die kämpfenden Parteien in Tadschikistan nicht zur nationalen Versöhnung kommen, denn sie sind durch ein Meer vergossenen Bluts getrennt.

Die "Afghanisierung" Tadschikistans und ganz Zentralasiens ist eine potentielle Gefahr nicht nur für die zentralasiatischen Staaten, sondern auch für Rußland, für das diese Region der "weiche Unterleib" ist, wie viele russische Analytiker es nennen. Denn in diesem Falle muß Rußland die Staatsgrenzen neu gestalten, und die Bedrohung durch den "islamischen Fundamentalismus" rückt näher an die russischen Grenzen und kann sie sogar überschreiten.

Aus ebendiesem Grunde liegt es nicht im Interesse Rußlands, in Zentralasien Konflikte zwischen den und innerhalb der ethnischen Gruppen sowie Zusammenstöße zwischen den Konfessionen anzuhetzen und "das Problem der künstlichen, jungen und ethnisch-kulturell lockeren Grenzen zwischen den Republiken mit ihrer stammesmäßigen und ethnischen Durchwachsenheit" aufzubauschen.¹⁶

Demgegenüber liegt es im strategischen Interesse Rußlands, die staatliche Souveränität und territoriale Integrität der zentralasiatischen Staaten zu festigen, die Entwicklung ihres Wirtschafts- und

¹⁶ Nezavisimaja gazeta, 7.7.1994.

Verteidigungspotentials zu fördern und zusammen mit ihnen in einem einheitlichen militärpolitischen Bündnis zu stehen, um die gemeinsamen Grenzen der GUS mit vereinten Anstrengungen zuverlässig zu schützen.

Die Gemeinsamkeit der strategischen Interessen war es, die Rußland mit den zentralasiatischen Staaten Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe schließen ließ, in denen gemeinsame Verpflichtungen zur Verteidigung im Falle einer Aggression gegen eine der Vertragsparteien vorgesehen sind. Das gleiche gilt auch für die Verträge über militärische Zusammenarbeit.

Die Streitkräfte der neuen unabhängigen Staaten Zentralasiens stehen noch am Anfang ihres Aufbaus. Sie sind in Wirklichkeit Bruchstücke der auseinandergefallenen Streitkräfte der UdSSR und besitzen daher kein inneres System, das Verwaltung und Kommunikation, Ausrüstung, Mobilisierungsbereitschaft, Kaderausbildung und einen militär-industriellen Komplex umfaßt.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist aber in den Staaten Zentralasiens die Struktur der Streitkräfte im wesentlichen festgelegt. Es sind Verwaltungsorgane geschaffen worden, die Militärdoktrinen und die Militärpolitik insgesamt sind ausgearbeitet und präzisiert worden.

Von großer Bedeutung beim Aufbau der Streitkräfte ist die Schaffung einer rechtlichen Grundlage. Es wurden schon Gesetze verabschiedet: "Über die Verteidigung" in Kasachstan und Usbekistan, "Über die allgemeine Wehrpflicht und den Militärdienst" in Kasachstan, Kirgistan und Usbekistan, "Über den Status der Militärangehörigen" in Kasachstan, Kirgistan und Turkmenistan.

Auf dem Treffen der Präsidenten Kirgistans, Kasachstans und Usbekistans, das am 29.-30. April 1994 in Kirgistan stattfand, schloß sich Kirgistan dem zuvor von Kasachstan und Usbekistan unterzeichneten Vertrag über die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums an. Damit wurde der Vertrag neu unterschrieben und wurde trilateral. Bemerkenswert ist, daß die Integration der drei zentralasiatischen Staaten nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im Verteidigungsbereich vertieft wird. Es wurde ein Rat der Verteidigungsminister gegründet, unter dessen Leitung konkrete Vorschläge zur militärischen Zusammenarbeit erarbeitet werden.

Kasachstan, Kirgistan und Usbekistan lenken und koordinieren ihre Bemühungen zur Gewährleistung der nationalen und regionalen Sicherheit auf folgenden Gebieten:

- Individuelle Verteidigung: Aufbau und Konsolidierung nationaler Streitkräfte;
- kollektive Verteidigung: Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystems im Rahmen der GUS. Da der am 15. Mai 1992 in Taschkent unterzeichnete Vertrag über kollektive Sicherheit bislang noch keine Mechanismen zu seiner Realisierung besitzt und gewissermaßen im "Dämmerzustand" verharret, müssen Kasachstan, Kirgistan und Usbekistan ihre Anstrengungen zur Koordinierung der Verteidigung in der Region Zentralasien fortführen;
- Schaffung eines europäisch-zentralasiatischen Sicherheitssystems, Koordination der Militärpolitik und der militärischen Zusammenarbeit sowie der friedensstiftenden Tätigkeit - mit den Mitgliedsländern der KSZE und der NATO;
- Schaffung eines eurasischen Sicherheitssystems, Festigung von Maßnahmen zur Zusammenarbeit und Vertrauensbildung - mit den Staaten Asiens;
- Schaffung eines globalen Sicherheitssystems - mit allen UNO-Mitgliedstaaten vor allem mit den Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats.

Die tiefgreifenden geopolitischen Veränderungen, die seit dem Zerfall der UdSSR auf der Welt stattgefunden haben, und das Auftreten qualitativ neuer Bedrohungen für die Sicherheit der Staaten machen es erforderlich, die Frage der Bildung und des Funktionierens kollektiver Sicherheitssysteme und der Geographie ihrer Teilnehmer neu anzugehen.

Nicht Bedrohung von außen, sondern Desintegration der neuen unabhängigen Staaten durch Widersprüche zwischen, zuweilen auch in den ethnischen Gruppen, zwischen den Regionen, Clans u.a., hervorgerufen durch sozial-ökonomisches Chaos und Machtkrise sowie durch die Machenschaften äußerer Kräfte - das ist in der absehbaren Zukunft die reale Gefahr für diese Staaten.

Daß dies tatsächlich so ist, zeigen die Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien, in Moldawien, im Transkaukasus und in Tadschikistan. Die Gefahr des Zerfalls des Staates nach dem ethnisch-religiösen Kriterium und aufgrund diametral entgegengesetzter geopolitischer Orientierungen haben auch die Einwohner und Politiker der Ukraine bei den kürzlich abgehaltenen Präsidentschaftswahlen schmerzhaft zu spüren bekommen. Nicht ausgenommen von der Gefahr des Zerfalls ist auch die Russische Föderation, die durch einen erstarkenden, nicht nur geographisch, sondern auch national-ethnisch sich äußernden Regionalismus zerrissen wird. Die Gefahr der Desintegration besteht, wie schon weiter oben erwähnt, auch in Zentralasien.

Die wichtigsten Voraussetzungen für die Gewährleistung der Sicherheit in Zentralasien sind: Beilegung des inneren Konflikts in Tadschikistan, Verhinderung seiner Ausbreitung auf die gesamte Region, Hilfe für Tadschikistan, einen Weg aus der Krise vor allem mit Hilfe der zentralasiatischen Staaten zu finden, und Festigung der wirtschaftlichen und politischen Souveränität Tadschikistans durch Integration mit ihnen.

Zur Festigung der Unabhängigkeit der Staaten Zentralasiens ist es dringend erforderlich:

- gemeinsam mit den demokratischen Kräften in Rußland zu verhindern, daß sich in der russischen Außenpolitik gegenüber dem nahen Ausland die neoimperialen Tendenzen durchsetzen, und die Beziehungen zu Rußland auf die Prinzipien der Gleichberechtigung, der guten Nachbarschaft und des gegenseitigen Vorteils zu gründen;
- die Integrationsprozesse in allen Bereichen der Beziehungen der zentralasiatischen Staaten untereinander und im Rahmen der GUS zu intensivieren;
- die Mitarbeit der zentralasiatischen Staaten in der ECO auszuweiten und zu vertiefen, um so ihre wirtschaftliche Selbständigkeit zu festigen und die Verkehrsverbindungen in südlicher Richtung zu entwickeln;
- freundschaftliche Beziehungen zu allen übrigen Staaten der Weltgemeinschaft zu entwickeln, um von ihrer Seite ausreichende wirtschaftliche, finanzielle, politische und diplomatische Unterstützung der staatlichen Souveränität zu bekommen.

Die wirtschaftliche, gesellschaftlich-politische, ethnische und letzten Endes auch staatlich-territoriale Instabilität in der ehemaligen UdSSR und in Jugoslawien ist eine ernste Gefahr für die internationale Sicherheit. Im militär-strategischen Sinne hat der Zerfall der Organisation des Warschauer Pakts und des einheitlichen Verteidigungsraums der UdSSR objektiv dazu beigetragen.

An ihre Stelle ist nichts getreten. Als einzige real existierende und effektive militär-politische Allianz in Europa ist die NATO verblieben, neben der, gemessen an der militärischen Macht, allein Rußland bestehen kann. Die aus dem äußeren Ring des sowjetischen Imperiums ausgeschiedenen Staaten

Osteuropas und die aus dem inneren Ring herausgefallenen heutigen baltischen Staaten und einige GUS-Staaten haben den Wunsch geäußert, der NATO beizutreten, während man es dort allerdings aus verschiedenen Erwägungen nicht eilig hat, sie aufzunehmen. Die wichtigste dieser Erwägungen liegt darin, daß man die geostrategische Balance nicht zu heftig verändern will und daß man Rußland keinen Anstoß zu einer neoimperialen Renaissance geben will.

Der Versuch, im Rahmen der GUS ein neues System kollektiver Sicherheit zu schaffen, ist bislang noch ohne Erfolg geblieben. Rußlands immer noch kühles Verhältnis zu dem am 15. Mai 1992 in Taschkent unterzeichneten Vertrag über kollektive Sicherheit, seine Orientierung auf bilaterale statt multilaterale Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet, die negative Haltung einiger weiterer GUS-Staaten zur Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit bzw. Versuche, sich dieses bei der gegenseitigen Konfrontation zunutze zu machen (Armenien und Aserbaidschan) - dies alles hemmt den Reintegrationsprozeß des Verteidigungsraums der ehemaligen UdSSR.

Ein weiterer hemmender Faktor ist das Fehlen einer realen Bedrohung der GUS-Staaten von außen. Realer sind die Bedrohungen der Sicherheit innerhalb der einzelnen GUS-Staaten und untereinander. Trotz der bestehenden Möglichkeit, sich die inneren Zwistigkeiten und die Schwächung der wirtschaftlichen und militärischen Macht der GUS-Staaten infolge des Zerfalls der UdSSR zunutze zu machen, droht keine militärische Invasion von seiten der NATO-Staaten, Chinas oder sonst irgendeines Staates außerhalb der GUS.

Der postsowjetische Raum wird noch auf lange Zeit eine Arena ethnischer und zwischenstaatlicher Konflikte bleiben. Der Bedarf an friedensstiftenden Operationen wird steigen. Wer sie durchführen wird - ob allein Rußland oder vereinigte GUS-Friedensstreitkräfte, in denen wiederum Rußland dominiert, oder internationale Friedensstreitkräfte, die ein Mandat der UNO oder der KSZE haben - diese Frage ist im postsowjetischen Raum schon heute aktuell.

Es hat sich gezeigt, daß die Möglichkeiten der UNO, Friedensstreitkräfte hierher zu entsenden, mangels finanzieller Mittel und mangels Interesses der meisten afro-asiatischen und lateinamerikanischen Mitglieder an solchen Aktionen äußerst begrenzt sind. Die Aufmerksamkeit und die Mittel der UNO verteilen sich ohnehin schon auf 17 Friedensoperationen auf der ganzen Welt, die 3,6 Mrd. Dollar pro Jahr kosten.

Sehr geringe Beachtung schenkt die UNO den Konflikten im Transkaukasus und in Tadschikistan, deren Regelung sie auf die KSZE abwälzen möchte. Der Konflikt um Berg-Karabach ist der erste internationale Konflikt, dessen Beilegung die KSZE übernommen hat. Ein "Konsolidierungsplan der KSZE, der GUS und der Russischen Föderation" zu Berg-Karabach existiert schon und wird aktiv umgesetzt. KSZE-Beobachter sind auch nach Tadschikistan entsandt worden.

Bemerkenswerterweise sehen sowohl der Westen als auch die Beteiligten an den Konflikten im postsowjetischen Raum es lieber, daß russische Truppen, wenn sie in die Konfliktzone einrücken, dies nur unter internationaler Kontrolle tun. Offensichtlich will man nicht zulassen, daß Rußland unter dem Deckmantel friedensstiftender Operationen eine neoimperiale Politik betreibt.

Weder die UNO noch die KSZE noch die NATO wollen Rußland im postsowjetischen Raum freie Hand lassen, sie wollen nicht zulassen, daß Rußland dort ohne internationales Mandat handelt.

In der auf den Trümmern des sowjetischen Imperiums im postsowjetischen Raum und in Osteuropa entstandenen Situation, die den Kampf um Einflußsphären anheizt und die Gefahr einer Neuauflage des "kalten Krieges" zwischen den Großmächten und wohl auch die Gefahr bewaffneter Konflikte in sich birgt, ist die Bildung neuer Strukturen der internationalen Sicherheit dringend erforderlich geworden.

Der russische Analytiker Aleksej Arbatow hat die Situation untersucht und schlägt eine tiefgreifende Reform der KSZE vor: Änderung ihres Mandats und faktische Umwandlung in eine bevollmächtigte und einsatzfähige Zweigstelle der UNO in Europa.

Nach seiner Meinung sollte ein europäischer Sicherheitsrat geschaffen werden, dessen Einsatzfähigkeit gewährleistet sein muß und der mit den wichtigsten Vollmachten, einschließlich der Entscheidung über Gewaltanwendung zur Sicherung des Friedens ausgestattet sein muß. Des weiteren schlägt Arbatow vor, Exekutivorgane der KSZE einzurichten und dem neuen System ausreichende militärische Ressourcen der NATO, Rußlands und anderer Länder zuzuordnen, woraus sich dann der logische Stellenwert für das Programm "Partnerschaft für den Frieden" und andere Initiativen und Mechanismen ergeben werde.¹⁷

Die zentralasiatischen Staaten, die der KSZE nicht nach dem geographischen Kriterium, sondern als Rechtsnachfolger der auseinandergefallenen UdSSR angehören, sollten eine solche Reform der KSZE unterstützen und zur Schaffung eines europäisch-zentralasiatischen Sicherheitssystems beitragen.

Folgende Argumente lassen sich für die Realisierung der Idee eines europäisch-zentralasiatischen Sicherheitssystems anführen:

1. Es bindet die Region Zentralasien in den europäischen Sicherheitsprozeß ein und breitet die in Europa gültigen Prinzipien der Unverletzlichkeit der Grenzen, der territorialen Integrität usw. in Zentralasien aus;
2. Die zentralasiatischen Staaten kommen in einen weiteren als nur den postsowjetischen Sicherheitsraum, wodurch der Grad der Dominanz Rußlands in der Region Zentralasien verringert wird und die Möglichkeiten der KSZE, Friedensoperationen durchzuführen und zu kontrollieren, vergrößert werden;
3. Die Streitigkeiten um eine mögliche Erweiterung der NATO werden beendet, das Problem der Beziehungen zwischen Rußland und der NATO, Rußland und den USA sowie Rußland und dem Westen insgesamt im Zusammenhang mit der russischen Politik in Osteuropa und im postsowjetischen Raum verliert an Schärfe. Die Unterscheidung zwischen "nahem" und "fernem" Ausland wird zugunsten eines einheitlichen europäisch-zentralasiatischen Sicherheitssystems getilgt;
4. Es wird eine vernünftige Balance der Beziehungen zwischen der KSZE, der NATO, der EU, der WEU und der GUS hergestellt, die in ihrer Gesamtheit und unter der Ägide der UNO zu Eckpfeilern eines europäisch-zentralasiatischen Sicherheitssystems werden können;

¹⁷ Nezavisimaja gazeta, 1.7.1994.

5. Die Schaffung eines europäisch-zentralasiatischen Sicherheitssystems steht nicht im Widerspruch zu den Bemühungen Kasachstans um Schaffung eines Sicherheitssystems, das die ganze eurasische Landmasse abdeckt, sondern sie wird im Gegenteil diesem Prozeß förderlich sein. Der völlige und endgültige Triumph der KSZE-Prinzipien in Zentralasien wird sich ganz sicher stimulierend auf andere, vor allem auf die Nachbarstaaten in Asien, auswirken. Auf der anderen Seite würden sich grobe Verstöße gegen diese Prinzipien negativ auf diese Staaten auswirken, und dann wäre es kaum angebracht, von Maßnahmen des Zusammenwirkens und der Vertrauensbildung in Asien zu sprechen.

Die Sicherheitsstrategie der zentralasiatischen Staaten läßt sich am effektivsten nach dem Prinzip der russischen "Matrjoschka" verwirklichen. Ein System der nationalen Verteidigung, das in ein regionales Verteidigungssystem im Rahmen Zentralasiens und im Rahmen der GUS eingebunden ist und in ein europäisch-zentralasiatisches und globales Sicherheitssystem eingebaut wird, kann die staatliche und territoriale Integrität dieser Staaten am aussichtsreichsten und zuverlässigsten garantieren.

Dabei ist es für die Staaten Zentralasiens, deren Streitkräfte niemals mit denen ihrer Nachbarn wie Rußland und China vergleichbar sein werden, von höchster Wichtigkeit, sich weitestgehend auf eine effektive Außenpolitik und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Staaten der Welt und vor allem mit den Nachbarstaaten zu stützen. Auf der Welt gibt es nicht wenige Staaten, denen es gut geht und die ihre Sicherheit vorwiegend durch eine Politik der guten Nachbarschaft und nicht mit Hilfe von Streitkräften gewährleisten.

Die Zukunft der Beziehungen Rußland - Zentralasien liegt in einer Eurasischen Union

Am 29. März 1994 sprach der Präsident der Republik Kasachstan N. Nasarbajew im Rahmen seines ersten offiziellen Besuchs in der Russischen Föderation vor Professoren, Dozenten und Studenten der Moskauer Staatsuniversität. In seiner Rede schlug er vor, eine völlig neue Vereinigung aus den Mitgliedsländern der GUS zu bilden und ihr den Namen Eurasische Union zu geben. Später verschickte er an alle Staatsoberhäupter der GUS auch einen konkreten Entwurf für die Gründung.¹⁸

Im wesentlichen geht es darin um den strategischen Kurs der Beziehungen der Staaten Zentralasiens zu Rußland und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, um die Zukunft der Beziehungen zwischen dem asiatischen und dem europäischen Teil der ehemaligen UdSSR und um die Prinzipien und geopolitischen Konturen, die der Führer Kasachstans in Form der Eurasischen Union sieht.

Das von Präsident Nasarbajew vorgeschlagene Projekt zur Schaffung der Eurasischen Union nimmt jetzt bei den Politikern und Analytikern im gesamten postsowjetischen Raum eine zentrale Stelle ein. Warum gerade jetzt?

Das hängt offensichtlich damit zusammen, daß nun die Euphorie der Souveränisierung eindeutig vorbei ist und alle ehemaligen Sowjetrepubliken die bitteren Erfahrungen der separaten Existenz am eigenen Leib zu spüren bekommen. Das heißt natürlich nicht, daß sie sich anschicken, die

¹⁸ Kazachstanskaja pravda, 31.3.1994.

gewonnene staatliche Souveränität aufzugeben, um sich wieder in so etwas wie die ehemalige UdSSR hineintreiben zu lassen. Es geht um die Einsicht in die Notwendigkeit einer zwischenstaatlichen Vereinigung neuen Typs.

Es ist deutlich geworden, daß die GUS-Staaten, wenn sie sich zu einer real und effektiv funktionierenden Union zusammenschließen, zwar keine wirtschaftliche Blüte, wohl aber eine wirtschaftliche Belebung und innere wie äußere Sicherheit (voreinander und nicht vor einer Bedrohung aus dem fernen Ausland, die für die überschaubare Zukunft nicht zu erwarten ist) herbeiführen können.

Es drängt sich die Frage auf, wer die Eurasische Union mehr braucht: Rußland oder die anderen ehemaligen Sowjetrepubliken? Eindeutig falsch wäre die Schlußfolgerung, Rußland sei so groß und mächtig, daß es auch ohne den Beitritt zur Eurasischen Union auskommen könne. Oder: Wenn dies ausschließlich im Interesse der anderen ehemaligen Sowjetrepubliken läge, dann müßten sie der Union ganz und gar zu russischen Bedingungen beitreten.

Produktiver wäre es, von gegenseitiger Abhängigkeit auszugehen, ungeachtet der bestehenden Größenunterschiede der Staaten nach Territorium, Bevölkerungszahl, Wirtschafts- und Verteidigungspotential usw.

Wie aus Veröffentlichungen in einigen russischen Presseorganen zu entnehmen ist, gehen in Rußland nicht wenige Politiker und Analytiker von der Annahme aus, daß die übrigen ehemaligen Sowjetrepubliken nur deshalb von Integration mit Rußland träumen, weil sie von ihm Vorzugskredite und Waren unter Weltmarktpreis erhalten wollen und daß es daher nicht in Rußlands Interesse liege, die Schaffung einer neuen integrativen Vereinigung zu forcieren.

Das ist selbst dann kaum richtig, wenn man an die kurzfristigen Interessen Rußlands denkt. Der Strom von Waren unter Weltmarktpreis fließt auch in die andere Richtung, nach Rußland. Und noch viele andere Vorteile hat Rußland von den wirtschaftlichen und anderen integrativen Verbindungen im postsowjetischen Raum. Verliert es hier die traditionellen Absatzmärkte für seine Produkte, die in ihrer großen Masse auf den Weltmärkten nicht konkurrenzfähig sind, dann bedeutet das, viele Landsleute zur Arbeitslosigkeit zu verurteilen. Es hat allerdings den Anschein, als werde diese Seite der Medaille in Rußland nicht gebührend beachtet.

Was die geopolitischen und militärstrategischen Interessen Rußlands betrifft, so liegt noch klarer auf der Hand, wie unrecht diese Analytiker haben. Nach dem Zerfall der UdSSR ist Rußland durch ziemlich weite Territorien der neuen unabhängigen Staaten von Ost- und Mitteleuropa und einigen Staaten Asiens sowie von lebenswichtigen Seehäfen getrennt.

Wie die russischen Analytiker selbst bemerken, ist Rußland gewissermaßen zu den ursprünglichen Grenzen der Epoche Peters I. zurückgekehrt und steht jetzt erneut vor der Aufgabe, "das Fenster nach Europa und Asien aufzustoßen". Aber wie soll das in einer neuen historischen Situation, in einem qualitativ neuen System der internationalen Beziehungen geschehen?

Mit Waffengewalt, wie es Peter I. und seine Nachfolger taten? Soll man die neuen unabhängigen Staaten unter Einsatz der wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Macht in einen Zustand des wirtschaftlichen und sozialen Chaos stürzen und sie so zwingen, sich der Russischen Föderation als einfache Provinzen anzuschließen? Oder soll man eine neue integrative Vereinigung auf der Basis

der Prinzipien von Gleichberechtigung, gegenseitigem Vorteil und strategischer Partnerschaft schaffen?

Es liegt klar auf der Hand, daß unter den neuen historischen Bedingungen die dritte Variante am realistischsten und am meisten zu bevorzugen ist. Einen Krieg kann man gewinnen, aber das wird sicher ein Pyrrhus-Sieg sein. Die "Autonomisierung" der Ukraine und anderer Republiken im Verband der Russischen Föderation - wie nach dem Zerfall des Russischen Reichs von Stalin vorgeschlagen - erwies sich 1922 als unmöglich und ist es heute noch mehr, so sehr es Shirinowskij und seinesgleichen auch widerstreben mag.

Mit der Schaffung der Eurasischen Union werden die Verkehrsverbindungen in allen Richtungen, ob auf dem Land-, See- oder Luftweg oder über Öl- und Gasleitungen, für alle Mitglieder frei zugänglich.

Nicht als ausländische Einrichtungen, sondern als solche der Verbündeten werden dann die russischen Militärstützpunkte und -objekte angesehen werden. Erklärungen, daß die tadschikisch-afghanische Grenze auch die Grenze Rußlands sei, werden von der Weltmeinung nicht mehr so negativ aufgenommen werden. Es entfällt die Notwendigkeit, an die Errichtung neuer Staatsgrenzen zu denken, wozu kein GUS-Staat, auch nicht Rußland, finanziell in der Lage wäre.

Es wird sinnlos werden, sich wegen der Frage der Zugehörigkeit der Krim und des Status von Sewastopol zu ereifern, und es werden günstige Voraussetzungen für die Lösung des Problems Berg-Karabach geschaffen, sowie anderer territorialer Streitigkeiten, die schon aufgekommen sind oder in naher Zukunft aufkommen können.

Für Rußland wird die Notwendigkeit entfallen, die Frage des Schutzes der Interessen der russischen Diaspora und der Gewährung der doppelten Staatsbürgerschaft in den neuen unabhängigen Staten so konfrontativ zu stellen, wie es das gegenwärtig tut. Die Einführung einer einheitlichen Staatsbürgerschaft in der Eurasischen Union und das Fehlen eines Visumzwangs zwischen den ihr angehörenden Staaten, ähnlich der herrschenden Praxis in der Europäischen Union, wird dieses Problem beseitigen.

Es scheint, daß die Hauptsache beim Projekt der Schaffung einer Eurasischen Union nicht die wirtschaftlichen Vorteile sind, sondern die Verhinderung eines Auseinanderbrechens des postsowjetischen Raumes nach dem zivilisatorischen Kriterium, d.h. in christlich-katholische, christlich-orthodoxe und moslemische Staaten und Regionen.

Vor dieser Gefahr, nicht nur in Bezug auf die ehemalige Sowjetunion, sondern weltweit, hat der Harvard-Professor Samuel Huntington in einem aufsehenerregenden Artikel gewarnt.¹⁹ Die Hauptthese des Artikels lautet, daß die Konflikte und Kriege der Zukunft entlang den Bruchlinien der verschiedenen Zivilisationen (Transkaukasus, Bosnien usw.) stattfinden werden und schon stattfinden.

Leider ist keineswegs ausgeschlossen, daß sich die Entwicklung der Ereignisse im postsowjetischen Raum nach dem ziemlich düsteren Szenario Huntingtons vollziehen kann. Gravierende Fehler im außenpolitischen Kurs und in den geopolitischen Orientierungen können durchaus dazu führen, daß

¹⁹ Samuel P. Huntington, The Clash of Civilizations?, in: Foreign Affairs, Summer 1993, S. 22-49.

sich der Konflikt zwischen den westlich-christlichen baltischen Staaten und dem orthodoxen Rußland und zwischen den westlichen und den östlichen Christen in der Ukraine und Weißrußland verschärft und daß in Rußland und Zentralasien ein Konflikt zwischen der christlichen und der moslemischen Welt entsteht.

Hätte es nicht sein können, daß die im Wald von Belowesh gefaßten Beschlüsse über die Gründung der GUS durch die drei slawischen Republiken und eine mögliche Reaktion der zentralasiatischen Staaten in Form der Gründung einer eigenen Vereinigung - in diesem Falle der moslemischen Turkvölker - den Gang der Ereignisse in diese Richtung gelenkt hätten?

Man sollte sich daran erinnern, daß auf dem Treffen der Präsidenten der Staaten Zentralasiens am 15. Dezember 1991 in Aschgabat, unmittelbar im Anschluß an das Treffen der Präsidenten Rußlands, der Ukraine und Weißrußlands im Wald von Belowesh, der Beschluß über den Beitritt der zentralasiatischen Staaten zur GUS gar nicht so leicht zustandekam.

Wichtig zu vermerken ist auch, daß auf Vorschlag des Präsidenten von Kasachstan Nasarbajew ein Passus in die auf dem Aschgabater Gipfel verabschiedete Erklärung eingefügt wurde, laut welchem es nicht möglich ist, Staatenbündnisse nach dem ethnischen oder religiösen Kriterium zu bilden.

Schon am 21. Dezember 1991 fand in Almaty ein Treffen der Führer der meisten ehemaligen Sowjetrepubliken statt, auf dem durch große und nicht einfache diplomatische Bemühungen der Fehler von Belowesh im wesentlichen korrigiert werden konnte, ein Fehler, der potentiell zu einem Konflikt zwischen der orthodoxen und der moslemischen Zivilisation hätte führen können. Die Geschichte wird die Rolle Kasachstans und seines Führers bei der Korrektur dieses Fehlers noch gebührend würdigen.

Einen Bruch nach dem zivilisatorischen Kriterium zu vermeiden - das bedeutet für alle Staaten und Völker des postsowjetischen Raumes heute wie auch in der Zukunft, zu überleben und eine sichere Zukunft zu gewährleisten.

Die Realität ist so, daß unterschiedliche Zivilisationen nicht nur auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR vertreten sind, sondern mehr oder weniger auch in jeder einzelnen der ehemaligen Sowjetrepubliken. Das trifft besonders auf das multinationale und multikonfessionelle Kasachstan zu. Brüche und Konflikte entlang den ethnischen und religiösen Linien können jeden der neuen unabhängigen Staaten sprengen, sowohl von innen heraus als auch infolge von Zusammenstößen zwischen ihnen. Eine Vereinigung zu einer Eurasischen Union kann dazu beitragen, diese potentielle Gefahr zu vermeiden.

Natürlich ist der Weg zur Realisierung der Idee einer Eurasischen Union lang und dornenreich. Noch sind die Erinnerungen der Völker an ihr Leben in der festen Umarmung des russischen und sowjetischen Imperiums frisch. Noch gibt es viele ungelöste Probleme und Widersprüche zwischen den neuen unabhängigen Staaten, die sich im postsowjetischen Raum gebildet haben. Noch sind die Illusionen stark hinsichtlich der Möglichkeiten, allein und nicht in der Union zu überleben und zu gedeihen.

Aber auch das Bewußtsein, daß eine neue Form der zwischenstaatlichen Vereinigung der ehemaligen Sowjetrepubliken notwendig ist, wird deutlicher und stärker. Vielen ist schon klar geworden, daß nur

vereint in einer Union die wirtschaftliche und soziale Krise überwunden, ethnische und zwischenstaatliche Streitigkeiten und Konflikte beigelegt und nicht nur innere, sondern auch äußere Sicherheit und Stabilität gewährleistet werden können.

Was kann der Realisierung der Idee einer Eurasischen Union im Wege stehen bzw. den Weg dorthin sumpfig und unpassierbar machen? Es sind

- diametral entgegengesetzte oder zu weit auseinanderklaffende Ansichten über Sinn und Inhalt der Union und bewußter Verzicht auf Annäherung dieser Ansichten;
- staatlicher Egoismus, der die Notwendigkeit der Union schlichtweg leugnet;
- Unfähigkeit oder fehlende Voraussetzungen, die Last der imperialen Vergangenheit abzuwerfen und in die Zukunft statt in die Vergangenheit zu schauen.

Wenn Rußland, das wirtschaftlich und militärisch mächtigste postsowjetische Land, die Eurasische Union und ihre supranationalen Organe nur als Möglichkeit sieht, erneut die Rolle des "älteren Bruders" zu spielen, dann kann von einer Realisierung dieser Idee selbstverständlich keine Rede sein. Eine Rückkehr in die Vergangenheit will niemand. Ansprüche gewisser politischer Kreise, Parteien und Bewegungen in Rußland auf eine besondere russische Mission im gesamten postsowjetischen Raum, Forderungen, den Russen in den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken die doppelte Staatsbürgerschaft zu gewähren, wirtschaftlicher und anderer gewaltsamer Druck auf diese Republiken, um eigene Großmachtziele zu erreichen - dies alles stimmt nicht optimistisch hinsichtlich der Möglichkeit, die Idee einer Eurasischen Union auf der Grundlage der Gleichheit zu realisieren.

Wie es aussieht, gibt es in Rußland noch immer etliche ziemlich einflußreiche politische Kräfte, die aus der mit dem Zerfall des Warschauer Pakts und der UdSSR entstandenen Situation noch nicht die gebührenden Schlüsse gezogen haben und noch nicht die tieferen Ursachen der zerstörerischen Tendenz begriffen haben, die die Staaten der ehemaligen sozialistischen Gemeinschaft zur "Flucht nach Westen" und die ehemaligen Sowjetrepubliken zur "Flucht vom Zentrum weg" treibt.

Wie sonst ließe sich das in der russischen Politik gegenüber dem nahen Ausland deutlich ausgeprägte Bestreben erklären, im gesamten postsowjetischen Raum zu dominieren und ihn als ausschließlich russische Einflußsphäre und schon beinahe als Hauptquelle von Bedrohungen der Interessen Rußlands zu betrachten?

Die von Rußland gegenüber den baltischen Staaten und einigen anderen ehemaligen Sowjetrepubliken angewandten Elemente von Gewaltpolitik lassen diese daran zweifeln, daß Rußland seine Beziehungen zu ihnen auf die Prinzipien echter Gleichberechtigung und Partnerschaft, der Achtung der Souveränität und der Unabhängigkeit gründet. Nicht deklarative, sondern reale Gleichberechtigung der Partnerstaaten ist die wichtigste Voraussetzung für die Schaffung der Eurasischen Union.

Natürlich geht es nicht allein darum, daß in der Politik Rußlands gegenüber den ehemaligen Sowjetrepubliken das wie ein historischer Anachronismus anmutende alte Lied von der bekannten "Monroe-Doktrin" erklingt und noch nicht völlig überwundene Vorstellungen von Rußlands messianischer Rolle - diesmal nicht auf der ganzen Welt, sondern vorwiegend im postsowjetischen Raum - wieder aufkommen.

Zu den tieferen Ursachen gehört auch der nicht abgeschlossene Souveränisierungsprozeß in den ehemaligen Sowjetrepubliken. Bis sie die staatliche Souveränität mit allen dazugehörigen Komponenten, wirkliche wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit erreicht haben werden, und bis sie den gesamten Komplex der Beziehungen zum berüchtigten Zentrum und deren Diversifizierung in anderen Richtungen weltwirtschaftlicher Verbindungen umgestaltet haben werden, wird es sehr viel mehr Zeit brauchen als bisher vergangen ist.

Offensichtlich sind es gerade Befürchtungen wegen eines möglichen Wiederauflebens der UdSSR, die der kritischen Haltung einiger GUS-Führer zur Idee der Eurasischen Union zugrundeliegen. So erklärte etwa der Präsident der Republik Usbekistan Karimow: "Wenn diese Union die Schaffung eines einheitlichen Parlaments, bestimmte überstaatliche Verwaltungsstrukturen und eine einheitliche Staatsbürgerschaft vorsieht, dann wird sich dieses Gebilde nicht von der früheren UdSSR unterscheiden. Wir lehnen eine Rückkehr in die Vergangenheit kategorisch ab..."²⁰

So liegt also bei der Schaffung der Eurasischen Union ein schwer lösbares Problem in der Supranationalität und der Kompetenz ihrer zukünftigen Organe sowie in der Festlegung der souveränen Rechte, welche die Staaten der Union an die supranationalen Organe insgesamt abzugeben bereit sind. Mithin sind es dieselben Probleme, die sich als unlösbar erwiesen, als im Verlauf des gescheiterten Prozesses von Nowo-Ogarjowo versucht worden war, die national-staatliche Struktur der UdSSR neu zu organisieren. Daß es damals nicht gelang, diese Probleme zu lösen, führte zum Zerfall der UdSSR. Jetzt kann es bei der Schaffung der Eurasischen Union hinderlich sein.

Indessen liegt einer der Gründe für die Ineffektivität der GUS und für das Nichtfunktionieren vieler in ihrem Rahmen geschlossener Abkommen im Fehlen supranationaler Organe, deren Beschlüsse für alle Unterzeichnerstaaten verbindlich wären.

Es scheint, daß es gerade die Einsicht in diese Tatsache war, die den Präsidenten von Kasachstan Nasarbajew zu dem Vorschlag veranlaßte, die Eurasische Union zu schaffen und sie auf gänzlich andere Prinzipien zu gründen als die GUS: Bildung supranationaler Organe mit dem Ziel, die Wirtschafts-, Verteidigungs- und Außenpolitik zu koordinieren.

Es sollte nicht unerwähnt bleiben, daß die durch den Zerfall der UdSSR erlangte politische Souveränität gefährdet werden kann, wenn man sich allzusehr der Aufgabe der Erlangung absoluter Souveränität widmet. In nicht nur einem Falle haben sich ehemalige Sowjetrepubliken in wirtschaftliches und soziales Chaos und in einen Strudel von Nationalitäten- und zwischenstaatlichen Konflikten hineinreißen lassen, indem sie es versäumten, reale Schritte zur Wiederherstellung und Festigung alter Integrationsverbindungen zu tun und besonders, indem sie die Notwendigkeit der Integration ignorierten.

Die Kritiker der Idee der Eurasischen Union übersehen dabei die Hauptsache: daß sie ein Instrument zur Verhinderung von Chaos und Konflikten in der gesamten riesigen Weite des postsowjetischen Raumes ist. Dazu bedarf es lediglich des Verzichts auf einen Teil der eigenen Souveränität. Die höchste Priorität genießt für die meisten GUS-Staaten jedoch die Sicherung der vollen Souveränität.

In der GUS, so scheint es, hat man noch nicht die Lehren aus der Geschichte und aus den treibenden

²⁰ Azija, Nr. 17, Mai 1994.

Motiven gezogen, die zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft geführt haben. Am Ende des Zweiten Weltkriegs lag fast ganz Europa in Trümmern. Um es nicht zu einem Zusammenstoß der wirtschaftlichen Interessen Frankreichs und Deutschlands kommen zu lassen, der schon mehrfach zum Krieg zwischen beiden Ländern geführt hatte, wurde eine integrative westeuropäische Wirtschaftsvereinigung ersonnen und gegründet. Sicher war dies nicht das einzige treibende Motiv, aber es war auch nicht unwesentlich. Ebenso gründeten die Staaten des Westens eine militärpolitische integrative Vereinigung: die NATO.

Der Hauptsinn dieser integrativen Vereinigungen liegt neben der Lösung der unmittelbar anstehenden Aufgaben auch darin, daß Konflikte eingedämmt werden und eine Konfrontation zwischen den ihnen angehörenden Staaten unmöglich gemacht wird. Ein anschauliches Beispiel: Griechenland und die Türkei hätten schon längst Krieg um Zypern geführt, wenn nicht beide Staaten Mitglied der NATO wären.

Demgegenüber ist, wie eine nun schon über zweijährige Erfahrung zeigt, eine amorphe und in integrativer Hinsicht brüchige zwischenstaatliche Vereinigung wie die GUS nicht in der Lage, Konflikte zwischen den ihr angehörenden Staaten beizulegen und schon gar nicht, ein Faktor der Entwicklung dieser Staaten zu werden.

Im Hinblick auf die Lasten und Stereotypen der Vergangenheit und die Realien der Gegenwart muß natürlich eingeräumt werden, daß die Schaffung der Eurasischen Union, verstanden als neue Vereinigung der GUS-Staaten mit supranationalen Organen, d.h. im Grunde als ein neuer konföderativer Staat, eine sehr schwer zu lösende Aufgabe ist.

Es muß aber auch angemerkt werden, daß die Europäische Gemeinschaft, die schon seit fast 40 Jahren den Weg vertiefter Integration beschreitet, auch heute, wie es seinerzeit General de Gaulle treffend formulierte, ein "Europa der Vaterländer" ist und kein konföderativer Staat.

Die im Rahmen der Gemeinschaft geschaffenen supranationalen Organe, insbesondere der Ministerrat und das Exekutivorgan, die Kommission der Europäischen Gemeinschaften sowie das Europa-Parlament, spielen eine beratende Rolle und schmälern nicht im geringsten die staatliche Souveränität der EU-Mitglieder.

Die Staaten der GUS, die in der ehemaligen UdSSR zwar überintegriert waren - dies aber auf eine sozialistische, höchst zentralistische Weise - müssen bis zu einer qualitativ neuen integrativen Vereinigung noch einen schwierigen und dornenreichen Weg gehen. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist eine grundlegende und demokratische Umgestaltung des Typs von Beziehungen zwischen Zentrum und Republiken, wie er im Rahmen der UdSSR bestand.

Solange diese Beziehungen nicht auf wirklicher Gleichberechtigung basieren, ohne Ansehen der territorialen Größe und des Potentials der GUS-Mitgliedstaaten, solange werden alle Integrationsbemühungen nutzlos und vergeblich sein, denn wenn Gleichberechtigung nicht gegeben ist, dann werden die desintegrativen gegenüber den integrativen Tendenzen dominieren.

Wenn aber eine effektiv funktionierende integrative Vereinigung fehlt - gleich, ob es sich dabei um eine radikal umgestaltete GUS oder um eine neu geschaffene Eurasische Union handelt - dann bedeutet das, daß verschiedene nicht eindämbbare Konflikte sich ausweiten und vertiefen werden

und schließlich zu bewaffneten Zusammenstößen führen können. Das ist ein "schwarzes Szenario", aber es beginnt jetzt vor unseren Augen schon beinahe Wirklichkeit zu werden.

Um es zu einer solchen Wende der Ereignisse nicht kommen zu lassen, sollten die Führer der GUS-Staaten dem Vorschlag des Präsidenten der Republik Kasachstan N. Nasarbajew zur Schaffung einer Eurasischen Union aufmerksamere Beachtung schenken. Trotz aller Schwierigkeiten auf dem Weg dorthin sollte man den Vorschlag als den wünschenswertesten Entwicklungsweg für die postsowjetischen Republiken in eine sichere und verlässliche Zukunft würdigen. Oder man möge eine aussichtsreichere Alternative vorschlagen.

Umirserik T. Kassenow

Central Asia and Russia

The Rough Road to Relations Based on Equality

Bericht des BIOst Nr. 14/1995

Summary

Introductory Remarks

In addition to publishing numerous articles on the security policy of the Central Asian states and especially of Kazakhstan in his own country, the author has made a name for himself in Russian political debate by taking critical positions on Moscow's policy towards its closest neighbours, the so-called "near abroad". See, for example, his article on the "Kozyrev Doctrine". In the present report, the author investigates the perception of the former Soviet Central Asia implicit in Russian analyses and Russian foreign, economic, and security strategies towards the newly independent states in this region. In addition, he discusses the objective problems confronting national and regional security in Central Asia.

Findings

- 1. Russian analysts come to conflicting conclusions concerning Central Asia's geopolitical importance for Russia. Some analysts present the possibility that the region might withdraw from Russia's geo-political sphere as an unacceptable threat to the security of the Russian Federation and the CIS, while others see Central Asia as a marginal factor in world politics and the world economy and as an area from which Russia would do best to withdraw. Analysts exclude Kazakhstan, however, when discussing marginality and calling for Russian "disengagement".*
- 2. Russian publications dealing with post-Soviet Central Asia generally stress the idea that the newly independent states could fall prey to powerful neighbours and regional powers if they are not again taken under Russia's wing. To substantiate this view, they refer in particular to the threat of "Islamic fundamentalism", "Pan-Turkism" as an instrument of Turkish expansionism, and the myth of the "yellow peril" or Chinese expansionism into Central Asia. The author provides arguments to counter exaggerated perceptions of this kind of threat.*
- 3. Although post-Soviet Russian foreign policy initially showed little interest in Central Asia, statements and positions have emerged dealing with this region and with the "near abroad" generally in which the author has recognised "neo-imperialist tendencies". Thus, at the beginning of 1993, the Russian foreign minister stated that Russia could not allow "[Central Asia] to slip into the Asian quagmire". The region should instead be integrated into the CSCE process. Later, there was an urgent call to integrate Central Asia into the CIS and the Russian*

geo-political sphere. Other states pursuing economic and political activities in Central Asia (among others, Western consortia pursuing oil contracts, and Turkish and Iranian involvement) were then seen as a threat to Russian national interests.

4. Russia influences the states of Central Asia through economic, political, and military channels. Russian mass media create an image of Central Asia as a place destabilised by inter-ethnic conflict, border disputes, Islamic rebirth, tribal power plays, and other factors and this image plays a clear propaganda function in justifying Russian influence in the region and casting doubt on the sovereignty of its states. The author does, however, acknowledge that Russia has legitimate and real interests in the region with respect to military cooperation with the states of Central Asia in particular. These include protecting external borders, preserving the components of the former Soviet Union's common defense system, and maintaining traditional supply relationships and transportation routes to Southern Asia and the Persian Gulf. The situation on the border between Tajikistan and Afghanistan is of key importance to the security of Central Asia, the CIS, and Russia. The author discusses at length the consequences for Central Asia as a whole of further destabilisation in Tajikistan. Among other things, a broader conflict would emerge between Tajikistan and Uzbekistan, which could transform a key region of Central Asia into a battlefield.
5. The author expresses a very optimistic view of prospects for independent regional economic integration. He discusses in detail the trilateral cooperation among Kazakhstan, Uzbekistan, and Kirgizia, an economic region which includes 90 percent of the population of former Soviet Central Asia and 90 percent of its workforce, and water and energy resources.
6. Although military policy documents dealing with the Central Asian states do not identify any potential opponents and do not therefore provide any clear concept of the enemy, they do point to conceivable sources of military threat. These include attempts by individual states to achieve hegemony in world politics or in particular regions, powerful concentrations of military force such as exist on the borders of Kazakhstan, domestic unrest and armed conflict in the region, and disproportionate armament in certain states.
7. The author calls on Central Asia and Russia to cooperate on equal terms. Such cooperation must consolidate and not weaken the independence of the Central Asian states. To this end, politicians in the region must work with democratic forces in Russia to combat neo-imperialist tendencies in Russian foreign policy, promote regional integration in Central Asia, intensify communication with other Asian countries through the ECO, and establish active relations with other states in the world community, not least in order to obtain economic, financial, political, and diplomatic support.